PLUTUS

Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft u. Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man abonniert beim Buchhandel, bei der Post und | Berlin, den 28. September 1912. | direkt beim Verlage für 4,50 Mk. vierteljährlich.

Bibliothek der Königsberger Handelshochschulkurse

München.

Ich will nicht wiederholen, was über den vierten deutschen Bankiertag, der in der Zeit vom 16. bis zum 19. September in München abgehalten wurde, in allen Zeitungen gestanden hat; weder über das Geschäftliche noch auch über das Vergnügliche soll hier noch einmal im Zusammenhang gesprochen werden. Nur ein paar Momente will ich festzuhalten versuchen, die ich in der Erinnerung oder im Notizbuch festgehalten habe, weil sie mir des Aufbewahrens wert schienen. Gar nicht mehr reden will ich über den Disput zwischen Aktienbanken und Privatbankiers, in bezug auf diese Frage ist alles so gekommen, wie man es sich denken konnte. Drei Privatbankiers haben ihre wohlvorbereiteten Reden gehalten, alle drei haben — ein jeder nach seinem Gusto — ein bißchen was von Bankenkonkurrenz erzählt, aber schließlich haben alle dem Zentralverband artige Reverenz erwiesen, und dem Sinne nach etwa erklärt, daß, wenn der Bankier schon einmal sterben müsse, es für ihn ein Trost sei, zu wissen, daß nach seinem Tode im Organ des Zentralverbandes für das deutsche Bank- und Bankiergewerbe seiner gedacht werde.

* * *

Der Zentralverband der Banken und Bankiers fühlt sich stark. Ich betonte vor dem Bankiertag bereits, daß diese Stärke sich darin zeige, daß er die Frage des Gegensatzes zwischen Aktienbanken und Privatbankiers auf die Tagesordnung setze. Ich kann jetzt nach dem Bankiertag als neues Argument der Stärke die Tatsache anführen, daß in München tatsächlich ernsthaft diskutiert worden ist. Das war auf deutschen Bankiertagen bisher unerhört. Freilich, man stand in Frankfurt, Berlin und Hamburg noch im Kampf gegen das Börsengesetz und mußte sich deshalb hüten, nach außen etwa uneinig zu erscheinen. Aber so ängstlich behütet, wie auf den ersten Bankiertagen, brauchte das Rednerpult schon damals nicht zu werden. Diesmal war der Zutritt zur Rednertribüne für jedermann frei, dem 10 Minuten Redezeit genügten.

* * *

Trotz der freien Diskussion aber führte Herr Rießer als Regisseur auch in München ein strenges Regiment. Vieles, was als improvisiertes Werk des Augenblicks galt, war wohlvorbereitet. Man sorgte namentlich für wirksame Aktschlüsse, wirksam nach der Seite, nach der hin man Wirkung wünschte. Wenn ein freier Diskussionsredner nicht ganz im Einklang mit der erwünschten Resolution sprach (was man ungefähr vorher ermessen konnte), so hatte man für den Schluß einen genehmer parlierenden in petto. Sorgfältige Regie hatte auch bei den Reden der Referenten gewaltet. Da wurde kein Wort gesprochen (mindestens nicht in den offiziellen gedruckten Referaten niedergelegt), das vorher nicht sorgfältig geprüft worden wäre. Es soll mit einzelnen Referenten ziemlich heftige Kontroversen gegeben haben. Um so mehr zu bewundern ist die Einheitlichkeit, mit der das alles in der Versammlung zusammenwirkte. Ich schwankte einen Moment, ob ich Herrn

Rießer mit Herrn Reinhardt oder Herrn Brahm vergleichen sollte. Man muß schließlich aber sagen: Brahm. Requisiten spärlich, gutes Zusammenspiel täuscht während der Vorstellung darüber hinweg, wie schwach das Stück ist.

* * *

In früheren Jahren war das Börsengesetz an allem schuld. Dieses Gesetz ist jetzt beseitigt, und es bestand die Gefahr, daß man gar nichts mehr zu bekämpfen haben würde. Aber auch dafür hatte die vorzügliche Regie gesorgt, daß ein Sündenbock vorhanden war: Der Scheckstempel. Ich habe es nie für sehr glücklich gehalten, daß in Deutschland der Scheckstempel gerade in dem Moment eingeführt worden ist, in dem es galt, für die Ausbreitung des Scheckſystems und der bargeldlosen Zahlung Propaganda zu machen. Aber ich kenne schlimmeres als den Scheckstempel, den England seit langer, langer Zeit hat, dessen Scheckſystem uns ja immer als Muster hingestellt wird. Daß übrigens in England nicht jeder Droschkenkutscher, der 200 M. auf einer Bank einzahlt, ein Scheckbuch bekommt, wie bei uns, vergißt man immerfort zu erzählen. Es ist unglaublich, was der deutsche Scheckstempel alles verschuldet haben soll. Ich sagte mir, als ich die vielen Bemerkungen über den Schaden, der durch den Scheckstempel angerichtet worden ist, hörte: Ein Glück, daß der Scheckstempel nicht bereits eingeführt war, als die Leipziger Bank zugrunde ging, denn sicherlich wäre ihm auch die Schuld daran beigemessen worden, daß die Direktoren der Leipziger Bank unter Debitoren verbucht hatten, was nicht unter Debitoren gehörte. Man sollte sich eigentlich auch auf Bankiertagen vor solchen Uebertreibungen hüten.

* * *

Bankiertage können nicht wissenschaftlich sein, sie dürfen auch nicht mit Geschrei kommen wie Hansabund und Bund der Landwirte. Alles muß fein und taktvoll gesagt werden, darf nicht allzu laut klingen und kann andererseits auch nicht allzu sehr in die Tiefe gehen, weil, wenn Praktiker über ihre Praxis sprechen, das Praktische mit Bewußtsein verschwiegen wird und das Theoretische unbewußt ungesagt bleibt. Denn natürlich glauben alle Praktiker tief theoretisch und wissenschaftlich zu sprechen.

* * *

Von Herrn Warburgs Referat „Geeignete und ungeeignete Mittel zur Hebung des Kurses der Staatspapiere" haben einige Zeitungen geschrieben, es sei der Gipfelpunkt des ganzen Bankiertages gewesen. Dieses etwas verstiegene Lob ist verzeihlich, wenn es im Rausch der Tagung geschrieben wurde. In der Tat war die oratorische Wirkung des Herrn Warburg überaus stark. Nicht etwa, als ob Herr Warburg ein Rhetor sei; er ist höchstens ein Plauderer. Aber ein scharmanter. Ein Mann von feiner Kultur, dem man gern lauscht, dessen Liebenswürdigkeit fesselt und einlullt. Am Schluß ertappt man sich beinahe dabei, Beifall zu spenden, obwohl man im Unterbewußtsein die unbestimmte Empfindung hat, daß man eigentlich mit dem meisten doch gar nicht einverstanden ist. Wenn Männer der Skepsis so denken, erklärt es sich zur Genüge, daß nach Herrn Warburgs Rede begeistertes Klatschen und ein Gratulieren und Händeschütteln anhub, als ob Herr Warburg neue Werte gefunden oder gar — den Roten Adlerorden IV. Klasse erhalten hätte. (Ich bitte, mich nicht mißzuverstehen: Ich glaube nicht etwa, daß der hamburger Bürger Warburg der IV. Klasse dieses Ordens irgendwelche Bedeutung beilegt, aber ich weiß, daß Viele, mit denen ich im münchener Saale zusammengesessen habe, viel lieber diesen Orden besitzen, als eine ebenso schöne Rede, wie die Warburgsche war, halten möchten.)

* * *

Liest man hinterher das auf 35 Seiten Folio gedruckte Referat des Herrn Max M. Warburg, so imponiert einem zunächst der Fleiß, der in der Häufung und Sichtung des Materials steckt. Aber nun, wo die liebenswürdige Form der Uebermittlung wegfällt, tun sich doch die Lücken des Referates deutlicher vor einem auf. Da steht auf Seite 8: „Die Staatsanleihen sind zu dem Kurse unterzubringen, der den Geldmarktverhältnissen sowie den übrigen wirtschaftlichen Verhältnissen des Heimatlandes entspricht." Sehr gut. Dann heißt es weiter: „Geld ist nicht nur heute, sondern war schon immer in den letzten Jahrzehnten in Deutschland teurer als in Frankreich und England; während der letzten zwanzig Jahre war der berliner Privatdiskont etwa ¾ % höher als der londoner und gar 1¼ % höher als der pariser. Daß bei der Verschiedenheit der Geldverhältnisse die Kurse der Staatsanleihen in England und Frankreich höher sein müssen, ist selbstverständlich. . . . „Würde es uns je einfallen, die Güte des akzeptierenden Hauses zu kritisieren, weil, den Geldverhältnissen seines Heimatlandes entsprechend, sein Akzept zu einem höheren Zinssatz als das Akzept in einem anderen Lande abgerechnet wird?" Da beginnt das Problem. Da mündet das Thema, zu dem Herr Warburg sprach, in das andere später auf dem Bankiertag

verhandelte: „Ueber die Inanspruchnahme der Reichsbank.“ Hier hätte Herr Warburg einmal untersuchen müssen, ob nicht etwa die Steigerung des Zinsfußes in Deutschland über das normale Maß durch bestimmte wirtschaftliche Vorgänge beeinflußt werde. Aber Herr Warburg untersucht nicht, sondern Herr Warburg dekretiert: „Sind die Gründe des dauernd höheren Geldwertes so gesunde wie bei uns, dann ist das Klagen darüber, daß der Kursstand unserer Staatspapiere niedriger ist, als der der Staatspapiere in Frankreich und England, nicht nur unangebracht, sondern unserem Ansehen im Auslande direkt schädlich.“ Man kann mit Herrn Warburg der Ansicht sein, daß die Klage über den niedrigen Kursstand der deutschen Anleihen übertrieben ist, aber braucht durchaus nicht mit ihm darin übereinzustimmen, das „die Gründe des dauernd höheren Geldwertes gesund sind“.

* * *

Es gibt sehr viele Schiefheiten im Warburgschen Referat. So weist Herr Warburg z. B. daraufhin, daß, während unsere Reformer sehr tüchtig nach England und Frankreich schielen, wo die Sparkassen in hohem Maße heimische Anleihen kaufen, der bekannte französische Nationalökonom Leroy-Beaulieu unser Sparkassensystem preise: „In Frankreich konnten die Sparkassen am 17. September 1870 den Sparern auf ihre Einlagen nur 50 Fr. bar und darüber 5prozentige dreimonatliche Schatzscheine geben. — Das Gesetz von 1895 sieht gleichfalls vor, daß in Zeiten höherer Gewalt die Sparkassen nur 50 Fr. alle zwei Wochen an jeden Sparer auszuzahlen brauchen.“ Soll das beweisen, daß unser Sparkassensystem besser ist als das französische? Glaubt Herr Warburg im Ernst, daß unsere Sparkassen ohne weiteres in der Lage wären, in Kriegszeiten alles in bar auszuzahlen? Herr Warburg tut ja gerade so, als ob unsere Sparkassen bisher ihre Gelder in englischen Konsols und französischen Renten und anderen im Kriegsfalle sofort realisierbaren Werten angelegt hätten, und daß wir sie nunmehr zwingen wollen, „illiquide“ deutsche Staatsanleihen dafür einzutauschen. In Wirklichkeit will man doch lediglich, daß sie nicht mehr so viel Hypothekenanlagen vornehmen wie augenblicklich, und darüber wird doch auch Herr Warburg nicht diskutieren wollen, daß preußische Staatsanleihen und deutsche Reichsanleihen noch immer liquider und im Kriegsfalle verwendbarer sind, als Hypotheken auf Häuser in Pyritz.

* * *

Herr Warburg kämpft dagegen an, daß die Hypothekengesellschaften gezwungen werden, Staatsanleihen zu kaufen. Er glaubt, daß dadurch ihre freie Konkurrenz gegenüber den ausländischen Gesellschaften erschwert wird, vergißt dabei aber, daß ja doch auch die fremden Gesellschaften, die in Deutschland arbeiten, für ihre Tätigkeit in Deutschland dem Aufsichtsamt für Privatversicherung unterstehen und selbstverständlich ebenfalls gezwungen werden, ihre Prämienreserven für das deutsche Geschäft in deutschen Anleihen festzulegen. Er vergißt weiter, daß diese ausländischen Gesellschaften gerade durch die ausländische Gesetzgebung bereits gezwungen sind, Gelder in ausländischen Staatsanleihen in erheblichem Umfange zu investieren.

* * *

Eine sehr vernünftige Forderung stellt Herr Warburg auf. Er glaubt nämlich, unsere Liquidität viel besser dadurch, als daß man irgendeinen Schatz errichtet, garantieren zu können, daß allmählich „die Reserve jeder einzelnen wirtschaftlichen Unternehmung“ gesperrt werde. Das ist sehr richtig. Aber die Frage ist eben, ob eine solche Stärkung der einzelnen privatwirtschaftlichen Unternehmen möglich ist, ob nicht vielmehr jedes Unternehmen zunächst nach den engeren Gesetzen der kapitalistischen Produktionsmethode sich so sehr wie möglich auszudehnen versucht, und ob nicht gerade deshalb der von Herrn Warburg und all seinen Kollegen verhaßte staatliche Reglementierungszwang zu dem Zweck eingreifen muß, um an irgend einer neutralen Stelle für jedes Einzelunternehmen die Reserven zu schaffen, die das einzelne Unternehmen selbst sich nun einmal freiwillig nicht schafft.

* * *

Einen etwas kuriosen Fehler in dem Warburgschen Referat, den das „Berliner Tageblatt“ bereits moniert hat, möchte ich hier doch noch einmal erwähnen. Herr Warburg sagte: „Welchen Unterschied eine Steuerbevorzugung wie die der Staatsrente in Italien im Kurse ausgemacht, mögen daraus ersehen, daß die 3prozentige italienische Rente von 1884 im Betrage von 200 Millionen Lire, die die Befreiung von der 20prozentigen Kuponsteuer nicht genießt, etwa 69% notiert, während die 3½prozentige steuerfreie Rente etwas unter pari steht.“ Damit hat Herr Warburg nichts weiter gesagt, als daß niedriger verzinsliche Renten niedriger im Kurse zu stehen pflegen, als höher verzinsliche. Denn da die 3prozentige italienische Rente von der 20prozentigen Kuponsteuer nicht befreit ist, so bringt sie dem Inhaber eben keine 3 %, sondern nur 3 % minus 20% = 2,4% Zinsen. Zu einem Kurse von

69 % ist das Rendement dieser Rente also 3,49 %, d. h. genau ebenso wie das der 3½-prozentigen steuerfreien Rente, die ungefähr pari notiert.

* * *

Wenn man überhaupt von einem Glanzpunkte des Bankiertages sprechen will, so bildete diesen viel eher das Helfferichsche Referat als das Warburgsche. Die wissenschaftliche Schulung des Professors Helfferich verleugnete sich selbst in dem Referat des Bankdirektors Helfferich nicht. Schon äußerlich wurde wissenschaftliches und statistisches Rüstzeug in Massen von ihm herbeigeschafft. Er ließ Tabellen und graphische Tafeln mit erläuterndem Text verteilen, und außerdem auf der Empore drei Riesendiagramme zur allgemeinen Ansicht aufstellen. Daß der Professor Helfferich nicht gegen den Bankdirektor Helfferich sprechen konnte, war klar. Aber immerhin wäre doch für einen Vortrag des Herrn Professors Raum gewesen. Er hatte nämlich nur, anstatt in die Arena des Tagesstreites selbst hinabzusteigen, sich der dankenswerten Aufgabe zu unterziehen brauchen, zu der er, dank seiner weitgehenden Fachkenntnis, hervorragend befähigt gewesen wäre, als Einleitung zur Diskussion und zu den übrigen Referaten den aufhorchenden Bankiers einmal auseinanderzusetzen, in welcher Weise denn die verschiedenen wichtigen Vorgänge auf dem Geld- und Kapitalmarkt auf die Inanspruchnahme der Reichsbank zurückzuwirken. Dafür wären ihm sicher viele sehr dankbar gewesen, denn so mancher Besucher des Bankiertages hätte dann wenigstens etwas Positives mitgenommen. Aber Herr Helfferich wollte durchaus der Bankdirektor sein. Und so war er denn ganz Bankdirektor. So ganz, daß er viel mehr Bankdirektor war, als z. B. sein Kollege von Gwinner in der Bankenquete. Der erkannte an, daß es notwendig sei, die Giroguthaben bei der Reichsbank zu vermehren — aber um Gottes willen keine staatliche Reglementierung!

* * *

Folgende Sätze aus dem Helfferichschen Referat: „Ich glaube, das deutsche Bankgewerbe ist sich seiner Aufgaben und Verantwortlichkeit hinreichend bewußt, um aus sich selbst heraus Selbstprüfung und, wo es nottut, Selbstbeschränkung zu üben." — „In den letzten Jahrzehnten hat das deutsche Wirtschaftleben an Solidität und Stabilität ganz erheblich gewonnen, nicht zum wenigsten durch das gewachsene Verantwortlichkeitgefühl und die Strenge der Selbstzucht der Banken." — „Die Börse im ganzen ist infolgedessen unverkennbar ruhiger und weniger spekulativ geworden." — Daß die Börse weniger spekulativ geworden ist, ist keineswegs ein Faktum, sondern vielmehr eine Behauptung des Herrn Professor Helfferich, für die er den Beweis schuldig bleibt. Und wie er gerade angesichts der in den letzten Monaten bekanntgewordenen Ausschreitungen auf dem berliner Terrainmarkt von „gewachsenem Verantwortlichkeitgefühl" und „strenger Selbstzucht" der Banken sprechen kann, ist mir unbegreiflich. Es ist gerade von ihm nicht ganz klug, so zu sprechen, denn die Deutsche Bank hat bewiesen, daß sie — bei all ihrer Vorsicht im Allgemeinen — im Besonderen doch auch auf dem berliner Grund und Boden etwas ausgeglitten ist.

* * *

Ganz entschieden protestiere ich aber gegen den folgenden Satz des Helfferichschen Referats: „Vor drei Jahren hat die Bankenquete das deutsche Bankwesen eingehend und gewissenhaft geprüft mit dem Ergebnis, daß nicht nur die Sicherheit, sondern auch die Liquidität der deutschen Banken zum Mindesten als eine ausreichende bezeichnet wurde." Diese Behauptung trifft in bezug auf die Sicherheit aber keineswegs in bezug auf die Liquidität zu. Allerdings können die veröffentlichten Diskussionen der Enquetekommission den Eindruck erwecken, den sie anscheinend bei Herrn Professor Helfferich erzielt haben. Aber diese Diskussionen fälschen das Ergebnis der Sachverständigengutachten. Und die eigenartige Weise, in der jetzt die Ergebnisse der Bankenquete in der Oeffentlichkeit verwertet werden, lassen es als notwendig erscheinen, daß die umfangreichen Sachverständigengutachten, die viele Bände füllen, endlich veröffentlicht werden.

* * *

Der wirklich kluge Herr Helfferich leistete sich in seinem Referat eine recht grobe Unklugheit. Er hatte in dem Material, das er dem Bankiertag vorlegte, den Hauptabschluß der Königlichen Seehandlung pro Ende März 1911 abgedruckt, und wies darauf hin, daß dieser Abschluß einen Kassenbestand von nur etwas über 1 Mill. ℳ. auswies. Das sollte heißen: Sehet, die Bank des Preußischen Staates hat nur 1 Mill. ℳ. Kassenbestand, uns aber kritisiert man als illiquid, obwohl wir viele Millionen Kassenbestände haben. Diese Beweisführung rief den Präsidenten der Seehandlung, Exzellenz von Dombois, auf die Rednertribüne. Herr v. Dombois sagte dem Sinne nach folgendes: „Durchschnittlich habe ich etwa 100 Millionen Kassenbestand. Wenn ich am Ultimo März nur eine Million Kassenbestand habe, so eben deshalb, weil ich an Euch entsprechend viel verpumpt habe, damit Ihr eure Bilanzen verschönern könnt. Ueberhaupt möchte ich darauf

aufmerksam machen, daß an den Quartalsterminen die Bilanzen der Banken besonders schön aussehen, und sogar flüssig erscheinen. Entsprechend müssen die Bilanzen der öffentlichen Institute an denselben Terminen natürlich die größte Anspannung zeigen." Herr von Dombois sagte das nicht so deutlich, wie ich das hier tue, aber es genügte doch, um Herrn Helfferich zu verstehen zu geben, daß er besser getan hätte, diesen Angriff zu unterlassen.

* * *

Herr von Schwabach, der nach Herrn Helfferich sprach, unterstrich dreimal die Forderung: „Nur keine Reglementierung!" Er fügte außerdem einen Angriff auf die Reichsbank hinzu, deren Filialvorsteher in der Provinz, um recht viel Tantieme zu verdienen, das Privatpublikum veranlassen, möglichst viel Wechsel einzureichen. Soweit wie das ins Ungesunde geht, ist das gewiß zu verurteilen, und wenn das zu Zuständen führt, wie Herr v. Schwabach sie uns schilderte, daß à tout prix sogar einzelne Provinzkaufleute Akzepte kaufen und bei der Reichsbank diskontieren, so ist das in der Tat grotesk. Aber an und für sich ist das Bestreben der Reichsbank, möglichst viel Diskonten aus erster Hand hereinzubekommen, keineswegs so zu verurteilen, wie man das allgemein tat, denn nur dadurch, daß die Reichsbank so viel wie möglich Wechselmaterial aus erster Hand bekommt, kann sie es verhüten, daß dieses Material zuerst bei den Banken zusammenströmt, um dann plötzlich als Ueberraschung für sie an den schwierigen Terminen an sie abgeworfen zu werden. Ich hätte gewünscht, daß Herr von Lumm das recht kräftig Herrn von Schwabach gesagt hätte. Aber auch Herr von Lumm war von einer merkwürdigen Schweigsamkeit!

* * *

Zum Schluß noch eine kleine persönliche Auseinandersetzung. Herr von Schwabach hatte gefordert, man solle die Leitung der deutschen Banken nur ruhig den Bankdirektoren überlassen. Ich hatte in der Diskussion demgegenüber gesagt, daß es sich gar nicht um die Leitung der deutschen Banken handle, sondern darum, daß unsere Bankdirektoren heute bereits in umfangreicher Weise Leiter der deutschen Volkswirtschaft seien. Herr Helfferich hat in seinem Schlußwort einen Lacherfolg damit erzielt, daß er mir erwiderte, die deutschen Bankdirektoren hätten niemals den Größenwahn gehabt, sich als Leiter der deutschen Volkswirtschaft zu fühlen. In der „B. Z. am Mittag" habe ich darauf folgendes erwidert: „Natürlich besitzen unsere Banken kein amtliches Patent als Leiter der Volkswirtschaft. Diese Bezeichnung ist auch nicht etwa so aufzufassen, als ob sie nun die Entwicklung der Dinge regieren und die Kurse zu allen Zeiten, was immer ihnen beliebt, so gestalten können, wie sie es wollen. Aber durch die Machtfülle, die ihnen innewohnt, können sie Entwicklungtendenzen fördern und verlangsamen und durch kluge Ausnutzung der Verhältnisse das Schicksal von Tausenden von Existenzen lenken. Wer auch immer Kredit braucht, kommt direkt oder auf Umwegen zur Bank. Und wenn einer in Pinne in Posen einen Wechsel diskontieren will, so mündet dieses Kreditgeschäft in irgendeinem berliner Bankkontor. Ob hier Geld reichlich vorhanden oder knapp ist, ist oft genug ausschlaggebend dafür, ob ein Fabrikbesitzer weiter zu arbeiten in der Lage ist und ob seine Arbeiter gut oder schlecht essen können. Die Fülle oder der Mangel von Geldern sind viel mehr, als man es in der Oeffentlichkeit weiß, von den Dispositionen der Bankdirektoren abhängig. Wenn die Banken in Zeiten, in denen das Kapital ohnehin knapp ist, große Anleihen ins Ausland geben, oder viele Millionen für Neubauten an ihnen befreundete Gesellschaften ausleihen, so vermindern sie damit das für normale Kredite zur Verfügung stehende Kapital. Dann müssen sie entweder den Leuten, die nachher kommen, den Kredit verweigern oder sie müssen die Reichsbank in Anspruch nehmen, und diese ist wiederum gezwungen, ihren Diskont zu erhöhen. Der erhöhte Reichsbankdiskont bedingt aber eine Zinsfußverteuerung durch das ganze Land bis hinab zu den kleinsten Kreditquellen. Schon dieses Beispiel (und hunderte könnte ich für eins geben) zeigt, daß die Tätigkeit der Bankdirektoren nicht bloß etwa ihre Aktionäre und Kunden berührt, sondern daß ihr Wirken ausstrahlt über die ganze Volkswirtschaft. Die Menge der Depositengelder, die in den großen Banken zusammenströmen, liefert ihnen ungeheure Mittel im Jahr. Wenn man schönes Wetter für eine große Emission braucht, so leiht man diese zum Privatdiskont an der Börse aus und drückt auf diese Weise dort den Zinssatz, damit die Spekulanten, die mit fremdem Geld kaufen, billig leihen können, und somit zum Kauf angeregt werden. Diese Transaktionen können die schwerwiegendsten Folgen für unsere ganze Volkswirtschaft haben. Ist bei uns der Zinssatz an der Börse niedrig, während er in anderen Ländern teuer ist, so werden aus Deutschland Kapitalien fortgezogen oder es ist doch zum mindesten die Einbringung neuer Kapitalien erschwert. Was das für unsere Zahlungbilanz und unsere Kreditverhältnisse, für unseren Warenimport bedeutet, brauche ich dem Fachmann nicht erst auseinanderzusetzen. Vielleicht sieht es auch ein wenig der Laie ein."

Der Zwist der Bankbeamten.

II. Die Taktik in Deutschland.

Von G. B.

Herr Josef Adler, Prag, der im letzten Heft des „Plutus“ (S. 726) den Artikel über die Taktik der Bankbeamten in Oesterreich geschrieben hat, bittet mich mitzuteilen, daß er bei Abfassung seines Artikels meine Ausführungen zur Bankbeamtenfrage im 37. Heft (S. 699) nicht gekannt habe. Ich teile das wunschgemäß mit und bestätige außerdem Herrn Adler gleichzeitig, daß er in der Tat diesen Artikel bereits eingesandt hatte, bevor ihm meine Ausführungen zu Gesicht gekommen sein konnten.

Formell ist nunmehr die Spaltung unter den deutschen Bankbeamten da. In turbulenten Versammlungen hat sich als Gegner des Deutschen Bankbeamten-Vereins der Allgemeine Verband der deutschen Bankbeamten gebildet. Seine Redner erklären, daß die gewerkschaftliche Taktik der Oesterreicher der bisherigen Harmoniedusel des Deutschen Bankbeamten-Vereins gegenübergestellt werden müsse. Was versteht man denn nun eigentlich unter gewerkschaftlicher Organisation? An und für sich ist jede berufliche Organisation von Arbeitnehmern, die die Erzielung besserer Arbeitbedingungen erstrebt, eine Gewerkschaft. Aber als gewerkschaftlich im engeren Sinne bezeichnet man in der Regel diejenigen Arbeitnehmerorganisationen, deren Taktik auf der Erkenntnis basiert, daß die Kapitalistenklasse in einem grundsätzlichen Gegensatz zur Klasse derjenigen steht, die am fremden Produktionsinstrument zu arbeiten gezwungen sind, und daß Vorteile für die Arbeitnehmer daher nur durch eine zum Kampf gegen das Unternehmertum entschlossene Organisation zu erreichen sind. Zu den Mitteln des gewerkschaftlichen Kampfes gehört unter anderem auch der Streik. Voraussetzung einer gewerkschaftlichen Organisation von Arbeitnehmern ist, daß den zu Organisierenden ihre Klassenlage klar zum Bewußtsein kommt. Das heißt, daß sie sich auch als besondere Klasse gegenüber ihrem Unternehmertum fühlen. Dieses Klassenempfinden wird um so weniger ausgebildet sein, als für die Arbeitnehmer Hoffnung besteht, sich selbst zum Arbeitgeber aufschwingen zu können. Diese Hoffnung und Wahrscheinlichkeit besteht kaum in irgendeiner Arbeitnehmergruppe stärker als bei den Angestellten im Handelsgewerbe. Und die, wenn auch immer geringer werdende, tatsächlich aber doch noch vorhandene Möglichkeit für Handlungkommis, sich selbständig zu machen, hat denn auch die Organisation des Handlunggehilfenstandes außerordentlich erschwert. Zwar bestehen gerade hier seit sehr langer Zeit der Mitgliederzahl nach sehr starke Vereine, die nach allen möglichen Richtungen für das Wohl ihrer Mitglieder zu wirken bestrebt sind. Aber nur ganz wenige Organisationen sind bereit, eventuell auch im Kampf gegen die selbständigen Kaufleute Vorteile für ihre Mitglieder zu erzielen und noch weniger verdienen in dem oben skizzierten Sinne die Bezeichnung als Gewerkschaften.

Aus der Gruppe der kaufmännischen Angestellten hob sich schon verhältnismäßig früh die der des Bankgewerbes heraus, und die Uebermacht des Kapitalismus, die gerade im Bankgewerbe besonders kraß zutage trat, hat hier am allerersten die Selbständigkeitträume der Angestellten zerstört. Immer mehr beherrschte die Aktienbank den Geschäftskreis, und auch da, wo formell noch der Privatbankier sich zu behaupten vermag, schwindet die Möglichkeit auf Etablierung wegen des außerordentlich hohen Kapitals, das zum Betrieb eines Bankgeschäfts notwendig ist, wenn es sich gegenüber der Konkurrenz der Aktienbanken behaupten will. Allenfalls an einigen Börsenplätzen bleibt für besonders intelligente und an der Börse angesehene Handlunggehilfen die Möglichkeit, sich im Börsenkommissionsgeschäft mit Hilfe der Kapitalien reicher Privatleute oder der Kommanditierung von Aktienbanken selbständig zu machen. Allein das sind doch alles Ausnahmefälle. Typisch wird mehr und mehr derjenige Bankangestellte, dessen Ehrgeiz sich darauf konzentriert, innerhalb des Betriebes, in dem er tätig ist, eine gehobene Stellung als Bureauchef, Prokurist oder Titulardirektor zu erhalten. Ja selbst die wenigen, die auserlesen sind, aus der Menge der Angestellten zu Vorstandsmitgliedern emporzusteigen, werden dadurch zwar mit den Funktionen der Arbeitgeber bekleidet, ohne daß sie aber doch selbst Eigentümer des Kapitals werden, über das sie gebieten. Lange bevor in unseren industriellen Riesenbetrieben der Typus des „Privatbeamten“ geboren wurde, existierte er daher bereits im Bankgewerbe. Die „Bankbeamten“ bildeten eine abgeschlossene Kaste, die mit der Selbständigkeit nicht mehr rechneten, sondern schon durch die Bezeichnung als Beamte auch äußerlich die Erkenntnis ihres dauernden Angestelltenseins zur Schau trugen.

Das kam auch sehr bald in der Organisation des Bankbeamtenstandes zum Ausdruck. Die älteste Bankbeamtenorganisation in Berlin, der Verein der Bankbeamten zu Berlin, war freilich von jeher in allererster Linie ein Vergnügungs- und Bildungsverein, der eine materielle Besserstellung seiner Mitglieder nicht mit der Front zu den Direktoren und Arbeitgebern, sondern vielmehr mit der Front zu den Warenlieferanten herbeizuführen suchte. Er war im wesentlichen ein Rabattverein, dem zahlreiche Lieferanten Vorteile für seine Mitglieder beim Ein-

kauf von Gebrauchsartikeln zugesichert hatte. Neben dieser Organisation existierte geraume Zeit, ohne besonderes Ansehen zu genießen, der Deutsche Bankbeamten-Verein, dessen Wachstum von dem Moment ab datierte, indem er seine Zentrale nach Berlin verlegte und sich in bewußten Gegensatz zum Verein der Bankbeamten zu Berlin stellte. Der Deutsche Bankbeamten-Verein war von jenem Augenblick an zweifellos in dem Sinne „gewerkschaftlich" organisiert, als er seine Agitation auf der Tatsache aufbaute, daß der Bankbeamte dauernd Angestellter bleibt. Damit war von selbst die Notwendigkeit gegeben, Vorteile für die Mitglieder im Gegensatz zu den Bankleitungen zu erringen.

Im Prinzip unterscheidet sich mithin die Organisation des Deutschen Bankbeamtenvereins in gar keiner Hinsicht von der der österreichischen „Gewerkschaft", sondern lediglich in der Taktik. Und wenn jetzt, ebenso wie es früher von seiten der Oesterreicher geschah, nun auch von seiten des neugegründeten Allgemeinen Verbandes es so hingestellt wird, als ob im Prinzip ein Gegensatz zwischen der Neugründung und der alten nichtgewerkschaftlichen Organisation besteht, so ist das nichts als Spiegelfechterei. Es ist allerdings richtig, daß das Wort Streik bisher ängstlich — vielleicht zu ängstlich — von der Organisation der Bankbeamten vermieden worden ist. Aber auf der anderen Seite darf man doch nicht vergessen, daß der Streik wohl das wirksamste Mittel gewerkschaftlicher Organisation, aber doch schließlich auch das allerletzte ist, das nur dann angewandt wird, wenn alle übrigen Mittel versagen. Solange wie eine Gewerkschaft glaubt, auf dem Wege der Verhandlungen Erfolge zu erzielen, wird sie diesen Weg im eigensten Interesse beschreiten. Das tun unsere großen Arbeitergewerkschaften überall. Wo sie Zugeständnisse der Unternehmerschaft im Unterhandeln mit ihnen oder im gemeinsamen Zusammenarbeiten erzielen können, da nehmen sie diese Vorteile unbesehen. Man hat dem Deutschen Bankbeamtenverein z. B. einen Vorwurf daraus gemacht, daß er in der Pensionskassenfrage mit dem Unternehmertum zusammengearbeitet habe, und daß seine Vorstandsmitglieder in den Verwaltungsinstanzen der Pensionskasse mit den Vertretern der Chefs „parlamenteln". (Dieser Ausdruck ist allerdings nicht wörtlich gefallen, aber dem Sinne nach sind ähnliche Redensarten nicht anders zu verstehen gewesen.) Ich brauche wohl Eingeweihte nicht erst darauf hinzuweisen, daß diejenigen Gewerkschaften vom Range der Handarbeiter, die Tarifverträge mit den Unternehmern geschlossen haben, dasselbe tun, denn sie sitzen in den Tarifämtern und Tarifschiedsgerichten Seite an Seite mit den Arbeitnehmern, und sie haben, wie aus Vorfällen aus der jüngsten Zeit ja sattsam bekannt ist, sogar unter Umständen gegen ihre eigenen Klassengenossen, im Einklang mit dem Votum der Arbeitgeber, wenn es die Situation erforderte, Recht sprechen müssen. Aus der Tatsache allein, daß die deutsche Bankbeamtenorganisation auch da, wo es ihr möglich ist, mit den Unternehmern kooperiert, darf man deshalb irgendwelche Schlüsse auf ihre gewerkschaftliche Unzulänglichkeit nicht ziehen.

Die Verfechter der neuen Richtung in der Bankbeamtenorganisation legen aber das entscheidende Gewicht auf die Tonart, in der der Kampf in Oesterreich einerseits und in Deutschland andererseits bisher geführt worden ist. Als ob die Art und Weise des gewerkschaftlichen Kampfes nicht jeweils von den Umständen in den einzelnen Fällen diktiert wird. Wenn man die Verhältnisse im deutschen Bankgewerbe kennt und andererseits den Artikel des Herrn Adler im Plutus sorgfältig gelesen hat, so wird man unschwer erkennen, warum die Kampfesart in Deutschland und Oesterreich verschieden sein mußte: Als die deutschen Bankbeamten in ihre Organisationsbewegung eintraten, da standen sich die Bankbeamten, man darf wohl sagen in jeder Beziehung, erheblich besser, als die Angestellten im übrigen Handelsgewerbe. Sie wurden besser entlohnt, sie wurden besser behandelt, sie arbeiteten in Arbeiträumen, deren hygienische Beschaffenheit hoch über der der Arbeitstätten von vielen, vielen Tausenden Handlunggehilfen stand, sie hatten einen regelmäßigen — meistens mehrwöchigen — Urlaub und außerdem war die Möglichkeit eines Avancements in gehobene Stellungen noch relativ günstig. Ganz anders lag die Sache im österreichischen Bankgewerbe. Während die deutschen Bankbeamten sich gewissermaßen auf Zuwachs organisierten, zu einer Zeit, wo die Not zukünftiger Situationen den allermeisten von ihnen noch nicht einmal andeutungweise klar geworden war, wurden die österreichischen Bankbeamten durch die Not des Augenblicks in die Organisationen getrieben. Das was die Oesterreicher vorfanden, war: schlechte Bezahlung, dafür aber Pensionseinrichtungen bei den einzelnen Instituten. Diese Pensionseinrichtungen waren, aus der Grundlage des Rechtsanspruchs resultierend, aus Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer errichtet. War nun diese Pensionseinrichtung auf der einen Seite vorteilhaft, so standen dem doch aber große Nachteile gegenüber, insbesondere war die Verfassung der Hauskassen derart, daß beim Ausscheiden aus dem betreffenden Institut sämtliche Ansprüche der Angestellten verloren gingen. Eine Zurückzahlung der eingezahlten Gelder fand nicht statt. Diese Beschränkung der Freizügigkeit, die in den Pensionskassen lag, machten sich die Arbeitgeber naturgemäß zunutze, und so wurde Entlohnung und Behandlung der Bankbeamten in Oesterreich immer schlechter.

Den österreichischen Bankbeamten war die Freizügigkeit ein für allemal genommen. Sie waren von dem Beginn ihres Eintritts in ein bestimmtes Institut an dieses gefesselt und deshalb mußte es die Aufgabe ihrer jungen Organisation zunächst sein, die Arbeitverhältnisse in den Instituten, die ausgesprochen schlecht waren, zu verbessern, d. h. ihren Mitgliedern das Heim, an das diese nun einmal

gebunden waren, möglichst wohnlich einzurichten. Die deutsche Organisation konnte einen ganz anderen Weg einschlagen. Sie versuchte zunächst zu verhindern, daß die Mitglieder des Bankbeamtenstandes vollkommen ins Proletariat hinabsanken. Für sie kam es daher zunächst viel weniger darauf an, bessere Löhne zu erringen, als vielmehr zu verhüten, daß das Lohnniveau sich weiter senkte. Dazu war es vor allen Dingen notwendig, den Bankbeamten die Freizügigkeit zu wahren. Gerade die Verhältnisse in Oesterreich zeigen ja deutlich, wohin der Bankbeamtenstand kommt, wenn die Banken damit rechnen können, daß ein Wechsel im Personal überhaupt nicht möglich ist. Und gerade aus der Darstellung, die Herr Adler im Plutus gegeben hat, geht hervor, daß eines der wesentlichsten Mittel zur Beschränkung der Freizügigkeit die sogenannten Hauspensionskassen einzelner Banken sind. Diese Hauspensionskassen der deutschen Banken waren nur zum geringen Teil solche Kassen, die den Angestellten Rechtsansprüche gewährten. In der Mehrzahl waren sie lediglich von den Bankdirektionen als Fonds gedacht, aus denen am Schlusse eines arbeitreichen Lebens oder bei beruflicher Invalidität Unterstützungen gewährt, nicht aber rechtlich garantierte Renten gezahlt wurden. Der Beamte gab also sehr oft seine Freizügigkeit daran, um schließlich im Ernstfalle lediglich auf das Wohlwollen seiner Vorgesetzten angewiesen zu sein. Der Deutsche Bankbeamtenverein konnte das Bestehen solcher Hauskassen natürlich nicht ignorieren und konnte noch weniger die Zerstörung dieser für die Beamtenschaft auch in der unvollkommenen Form vielfach wohltätigen Institutionen verlangen. Aber von vornherein trat er energisch für die Ausgestaltung derjenigen Hauskassen, die den Angestellten keine Rechtsansprüche gewährten, in solche mit Rechtsansprüchen ein. Er richtete jedoch in der Hauptsache sein Augenmerk darauf, eine einheitliche Pensionskasse für das Bankgewerbe zu schaffen, durch die den Bankangestellten der Uebertritt nicht bloß von einer Bank zur anderen Bank, sondern — was noch viel wichtiger war — von einer Aktienbank zu den Privatbankiers ermöglicht wurde. Ich werde nachher noch einmal auf die Bedeutung zurückkommen, die der ungleich mächtigere und zahlreichere Privatbankierstand Deutschlands — im Gegensatz zu dem Oesterreichs für die dortige — für die deutsche Bankbeamtenbewegung hat. Hier möchte ich nur darauf hinweisen, daß von jeher der deutsche Privatbankier bereit war, tüchtige Beamte aus den Aktienbanken zu sich zu engagieren und daß an und für sich in der Möglichkeit ins Privatbankgeschäft überzutreten, eine starke Garantie dafür lag, daß der Bankbeamte auch dann weiterkommen konnte, wenn er sich einmal bei seinen Vorgesetzten mißliebig gemacht und dadurch sein Fortkommen bei Aktienbanken überhaupt erschwert hatte. Nun war der Uebertritt zum Privatbankgeschäft dem Bankbeamten aber dadurch erschwert, daß die Privatbankiers sich die Schaffung eigener kostspieliger Hauskassen natürlich nicht leisten konnten und daß daher selbst ein höheres Gehalt in dem Privatbankgeschäft dem Bankbeamten die fehlende Zukunftversorgung nicht ersetzen konnte. Gerade in der Beziehung war das Zustandekommen einer einheitlichen Pensionskasse für das ganze Bankgewerbe von ganz außerordentlicher Bedeutung. Wenn jetzt darauf hingewiesen wird, daß demnächst ja überhaupt sämtliche Angestellte Deutschlands sich der Wohltat einer Pensionsversicherung erfreuen werden, so darf man dabei doch nicht übersehen, daß die Pensionsversicherunganstalt für das Bankgewerbe, die als Ersatzkasse im Sinne des Gesetzes gilt, erheblich höhere Pensionen gewährt als die staatliche Kasse. Vor allen Dingen aber darf man nicht übersehen, daß die Kasse des Bankgewerbes vor der Staatskasse da war und daß die energische Agitation der deutschen Bankbeamten für ihre Pensionskasse, bei der die deutsche Bankbeamtenorganisation zweifellos sehr Rühmliches leistete, immerhin nicht ganz ohne Einfluß auf das schließliche Zustandekommen der allgemeinen Angestelltenversicherung gewesen sein dürfte.

Aber selbst wenn man das nicht annimmt und wenn man von allem Beiwerk absieht, so hat die Schaffung der einheitlichen Pensionskasse für das Bankgewerbe in Deutschland eine sehr große soziale Bedeutung eben deshalb gehabt, weil es der Bankbeamtenorganisation wesentlich darauf ankommen mußte, die Freizügigkeit, die ohne eine solche allgemeine Kasse erheblich gefährdet war, zu garantieren, um zu verhüten, daß aus der mangelnden Freizügigkeit ein besonderes Moment des Lohndruckes geschaffen wurde. Nur aus demselben sozialpolitischen Motiv heraus ist auch der Kampf gegen das Engagement unzulänglich vorgebildeter Kräfte für einzelne Teilarbeiten zu verstehen, so z. B. gegen die Aushilfarbeiter aus dem Unteroffiziersstande, gegen die Einstellung von Inhabern des Zivilversorgungscheines, gegen Staatspensionäre und so weiter. Was der Deutsche Bankbeamtenverein auf diesem Gebiete geleistet und mehr noch, was er erstrebt hat, ist durchaus anerkennenswert und liegt vollkommen auf dem Wege, den er gehen mußte. Ein Fehler, den er ohne weiteres eingestehen sollte, ist sein Verhalten gegenüber den weiblichen Arbeitkräften. Anders als das in Oesterreich der Fall war, fand der Deutsche Bankbeamtenverein, als er seine Aktionen begann — mit Ausnahme Süddeutschlands —, nur ganz selten weibliche Arbeitkräfte vor. Es ist daher auch zu verstehen, daß er diese weiblichen Arbeitkräfte nicht ohne weiteres in seine Organisation einbezog, sondern zunächst einmal versuchte, die weibliche Arbeitkraft aus dem Bankgewerbe vollkommen zu eliminieren. Das war nicht sehr vorausschauend, aber immerhin begreiflich. Der Fehler aber, den man machte, bestand darin, daß man, nachdem man die Vergeblichkeit des Kampfes gegen das Eindringen der weiblichen Arbeitkraft eingesehen und nachdem man namentlich beim weiteren Ausbau der Organisation festgestellt hatte, daß in Süddeutschland schon seit langer Zeit weibliche Arbeitkräfte in großen

Massen auch in den Bankgeschäften tätig sind, nunmehr nicht dazu überging, auch diese weiblichen Arbeitkräfte zu organisieren. In dieser Beziehung sind die Oesterreicher zweifellos konsequenter verfahren und der Deutsche Bankbeamtenverein sollte es sich überlegen, ob er nicht nachträglich gerade auf diesem Gebiete seine Taktik zu ändern sich beeilen muß.

In das Kapitel des Kampfes gegen die lohndrückenden Tendenzen im Bankgewerbe gehört auch die vom Deutschen Bankbeamten-Verein eifrig gepflegte — und von den Gegnern so sehr verlästerte — Fachbildung. Herr Adler hat diese Frage in seinem Plutus-Artikel nur gestreift, aber seine Freunde haben in ihren Flugblättern dafür desto hämischer über diese Fachbildungsimpelei geurteilt. Um die Bedeutung der Fachbildung im Rahmen der allgemeinen sozialpolitischen Bestrebungen im Bankgewerbe zu würdigen, muß man sich einmal das Folgende klarmachen: Die vorgeschrittene Arbeitteilung in dem Bankgewerbe im allgemeinen und in den großen Banken insbesondere hat den größten Teil der Bankbeamtentätigkeit zu einer vollkommen fungiblen gestaltet und namentlich eine Reihe von Spezialistentätigkeiten geschaffen, die von weniger geschulten Kräften durchaus vollwertig ausgeführt werden können, so daß gerade für solche Posten die Neigung besteht, die dort etwa noch tätigen Bankbeamten durch minder zu bewertende und daher auch minder zu honorierende Angestellte zu ersetzen. Es würde für die Dauer ganz unmöglich sein, den Bankleitungen aufzuzwingen, für derartige Tätigkeiten hochbezahlte und hochzubewertende Bankbeamte im eigentlichen Sinne des Wortes anzustellen. Will man darauf hinaus, zu verhüten, daß in diese immer mehr fungiblen Stellungen alle möglichen minderwertigen Ersatzleute hineingeschoben werden, so kann man das höchstens erreichen durch das System des periodischen Revirements, das bereits in einigen großen Privatbankhäusern Deutschlands herrscht. Dieses System beruht darauf, daß jeder Beamte nur eine gewisse Zeit, höchstens ein paar Jahre, einen bestimmten Posten behält und dann ein Changement sämtlicher Posten stattfindet. Bei einem solchen System kommt es nicht darauf an, eine vorübergehende Zeit hindurch namentlich jüngere Bankbeamte in Tätigkeiten zu belassen, für die eigentlich ihre Bezahlung zu hoch ist, weil man ja weiß, daß man später an anderen Stellungen die Arbeitkräfte wieder entsprechend auszunutzen vermag. Ein solches Revirement hat gleichzeitig einen großen Nutzen für die Bank selbst, weil dadurch die Tätigkeit der Angestellten viel besser kontrolliert werden kann, so daß dieser Wechsel in den Stellungen gewissermaßen als Prophylaxe gegen Unterschlagungen und größere Defraudationen gelten kann. Endlich aber bietet sie auch für die Angestellten dadurch große Vorteile, daß den Wirkungen der Eintönigkeit ewig gleichbleibender Tätigkeit entgegengearbeitet wird. Die Degradation des einzelnen Bankangestellten zur Maschine infolge der täglichen Ausübung derselben Tätigkeit übt ihre Wirkungen nicht nur auf die Psyche des einzelnen, sondern vielmehr noch auch auf die soziale Lage des gesamten Standes. Denn je einseitiger der Bankangestellte wird, desto weniger ist es ihm möglich, seine Stellung zu wechseln. Insbesondere aber verliert er nach und nach die Möglichkeit, in ein Privatbankgeschäft einzutreten, da dort die Arbeitteilung wenigstens in den mittleren Geschäften nicht so weit vorgeschritten ist, wie bei den Aktienbanken, so daß die Anforderungen an die Vielseitigkeit des Bankangestellten im Privatbankbetrieb erheblich größer sind als bei den Aktienbanken. Die Voraussetzung für das kontinuierliche Revirement unter den Bankangestellten ist aber eine das ganze Bankgewerbe umfassende Fachkenntnis. Die Fachkenntnisse bekam früher jeder Bankangestellte aus der Lehre mit. Daß eine Lehre im alten Sinne selbst in den Privatbankgeschäften heute nicht mehr möglich ist, darüber sind sich eigentlich alle Kreise einig. Es muß mithin also entweder neben der Lehrzeit einhergehen, oder auf die Lehrzeit eine theoretische Ausbildung in den verschiedenen Fächern des Bankgewerbes folgen. Die zu solchen Zwecken eingerichteten Fachkurse dürfen selbstverständlich nicht darauf hinauslaufen, den Bankangestellten mit dem Dünkel falscher Wissenschaftlichkeit zu erfüllen. Sie können andererseits selbstverständlich niemals den Bankbeamten zum routinierten Praktiker auf irgendeinem Gebiet machen, auf dem er bisher nicht praktisch gearbeitet hat. Aber darauf kommt es auch gar nicht an. Vielmehr muß die Aufgabe solcher Fachkurse darin bestehen — und sie kann auch lediglich nur darin ihre Aufgabe erblicken —, dem Bankbeamten einen Ueberblick über die Zusammenhänge im Bankgewerbe zu geben und ihn über das Wesentliche der verschiedenen Sparten zu unterrichten. Der Kursus soll den Hörern die Möglichkeit bieten, sich auf Gebieten, auf denen sie bisher nicht tätig waren, zu orientieren und sich deshalb leichter auf ihnen einzuarbeiten und außerdem, an welcher Stelle der Bank sie auch immer stehen, den Ueberblick über das Ganze und über den Zusammenhang der einzelnen Teile nicht zu verlieren. Eine in diesem Sinne aufgefaßte Fachbildung hat, wie ich gezeigt zu haben glaube, auch eine außerordentlich wichtige sozialpolitische Bedeutung. Jedenfalls wird man mir zugeben müssen, daß von diesem Standpunkt aus das Streben nach Fachbildung keineswegs die überhebliche Verurteilung verdient, die die österreichischen Agitatoren ihr angedeihen lassen.

Es muß übrigens auch noch dahingestellt bleiben, ob nicht, ganz abgesehen von dem hoch anzurechnenden hygienischen Werte, die Bestrebungen des Deutschen Bankbeamten-Vereins, in möglichst großem Umfange die Sonntagsruhe und den Sonnabendfrühschluß durchzusetzen, noch eine, allerdings vielleicht nicht beabsichtigte sozialpolitische Nebenwirkung gezeitigt haben. Von seiten der radikalen Herren, die nun plötzlich auf den Plan treten, wird behauptet, daß es sich dabei schließlich um keine Errungenschaft im Interesse der Angestellten handle, sondern daß die Chefs mindestens ein ebenso großes Interesse an dem Frühschluß und an der Sonntags-

ruhe haben. Wenn man das von Zigarrenhändlern behauptet, die selbst hinter dem Ladentisch stehen, die lediglich wegen der starken Konkurrenz gezwungen werden, die Erholungzeit ihrer Sonntage dran zu geben, so ist diese Behauptung richtig. Daß sie aber von Leuten aufgestellt wird, die eigentlich doch die Verhältnisse im Bankgewerbe kennen sollten, muß einen Wunder nehmen. Haben die Herren denn noch nie etwas davon gehört, daß in soundso vielen Bankgeschäften der Provinz zwar nicht die Chefs, dafür aber die Angestellten des Sonntags arbeiten, und haben sie ferner nie etwas davon gehört, daß wiederum andere Chefs gerade die Sonntagsarbeit als besonderes Vergnügen betrachten, weil sie am Sonntag am besten ohne Störung eine Reihe von Arbeiten im Bureau erledigen können, zu denen sie in der Woche keine Zeit haben? Diese Chefs lieben es, vielfach des Sonntags ihre Angestellten ins Bureau kommen zu lassen, bloß damit noch jemand außer ihnen da ist. Aber nehmen wir selbst einmal an, die Chefs im Bankgewerbe wären ebenso ruhebedürftig, wie ihre Angestellten (das Gegenteil ist erwiesen, denn auch jetzt sträuben sich sehr viele Chefs gegen den Sonnabendfrühschluß und gegen die Sonntagsruhe). Nun ist der Gedanke durchaus nicht von der Hand zu weisen, daß ein Geschäft, in dem Sonntags nicht gearbeitet wird, und in dem Kassen und Bureaus am Sonnabend bereits um 1 Uhr geschlossen werden, mehr Leute zur Erledigung des nun auf einen kürzeren Zeitraum zusammengedrängten regulären Arbeitpensums beschäftigen muß, als ein Geschäft, das Sonntags von 9—1 Uhr und Sonnabend nachmittag auch von 3—8 Uhr arbeiten läßt und daß deshalb besonders viele Bankfilialen zur Vergrößerung des Beamtenkörpers haben schreiten müssen. Insofern ist es zweifellos nicht bedeutunglos, daß es während der Wirksamkeit des Deutschen Bankbeamten-Vereins gelungen ist, in über 400 Plätzen die Sonntagsruhe und den Sonnabendfrühschluß durchzusetzen, daß voraussichtlich in wenigen Monaten die Beamten aus sämtlichen bayerischen Bankplätzen bereits die Wohlfahrt eines Sonnabendschlusses um 1 Uhr mittags genießen werden, und daß der Präsident der bayerischen Notenbanken infolge der Anregung des Deutschen Bankbeamtenvereins und der Unterstützung dieser Anregung durch den bayerischen Finanzminister sich bereit erklärt hat, diesen bayerischen Frühschluß für seine Filialen einzuführen.

Daß der Deutsche Bankbeamtenverein auf den bis jetzt genannten Gebieten außerordentlich rührig tätig gewesen ist, wird selbst von seinen Gegnern nicht bestritten. Dagegen wird behauptet, daß sowohl seine Errungenschaften als auch seine Taktik auf dem Gebiete einer Regelung der Lohnfrage zu wünschen übrig lassen. Inwieweit das zutrifft, soll in einem weiteren Artikel untersucht werden. (Fortsetzung folgt.)

Revue der Presse.

Eine sehr interessante Berechnung über den

Bodenwert Berlins

stellt in der Bauwelt (19. September) Geh. Regierungrat Prof. Dr. Julius Wolf, Breslau, an. Im Weichbilde Berlins liefern die Versicherungsummen ziemlich zuverlässige Handhaben für die Berechnung des Gebäudewertes, da hier die städtische Feuersozietät auf genaue Taxermittlungen hält und nicht wie in den Vororten die starke Konkurrenz der privaten Versicherunggesellschaften eine erhebliche Ueberversicherung ermöglicht, die manchmal so stark ist, daß Fälle vorkommen können, in denen der Betrag der Feuertaxe den Wert von Gebäude und Grundstück zusammengenommen noch übersteigt. Im Durchschnitt nimmt deshalb Wolf für das berliner Weichbild nur eine Ueberversicherung von 12½ % im Mittel an, während für die Vororte mit mindestens 25 % und bei einzelnen Gegenden, die besonders der Bodenspekulation anheimgefallen sind, mit 40 bis 50 % zu rechnen wäre. Auf Grund dieser Berechnungen ermittelte Wolf zunächst aus den für 1906 geltenden Ziffern des Statistischen Amtes, die die Versicherungsumme mit 4,76 Milliarden ℳ und den Wert des bebauten Grund und Bodens mit 8,46 Milliarden Mark angaben, einen Bodenwert Berlins für 1906 von 4,17 Milliarden ℳ und ferner auf Grund eigener Kombinationen für Ende 1911 einen solchen von 5 bis 5,2 Milliarden ℳ. Der berliner Bodenwert wurde hierbei mit 155 ℳ pro Quadratmeter berechnet. Für das eigentliche Groß-Berlin aber erhöht sich diese Summe auf insgesamt 10 Milliarden ℳ. — Demselben Blatte wird aus Maklerkreisen über die

Ueberspekulation am berliner Grundstücksmarkt

geschrieben. Trotz aller anderen Momente, die geholfen haben, die jetzige traurige Situation am berliner Grundstücksmarkt herbeizuführen, ist doch in erster Linie immer wieder auf die Ueberspekulation als Hauptschuldige hinzuweisen. Beispiele wie in Steglitz, wo Grundstücke am jetzigen Lauenburger Platz, die noch vor fünf bis sechs Jahren mit zirka 300 ℳ pro Quadratrute netto Bauland bezahlt wurden, vor zwei Jahren bereits Preise von 1000 und 1100 ℳ erzielten, ohne daß in der Zwischenzeit die Mietpreise gewachsen wären, oder die Gegend als Geschäftsgegend nennenswerte neue Chancen erhalten hätte, zeigen zur Evidenz die gänzliche Sinnlosigkeit derartiger gewaltsamer Preissteigerungen. Die einzige Möglichkeit, die ungesunde Bautätigkeit der zweifelhaften Elemente, die ohne einen

Pfennig zu besitzen, den Bauherrn spielen und meist schon nach kurzer Zeit den natürlichen Zusammenbruch erleiden, einzudämmen, ist, daß sich die Geldgeber und Lieferanten darüber klar werden, daß sie in ihrer Kreditgewährung radikale Aenderungen eintreten lassen müssen. Der Kredit an den Bauunternehmer ist in erster Linie Personalkredit, da der dingliche Wert des Grundstückes vor Vollendung des Neubaus doch nur ganz unbedeutend ist, und ebenso wie man sich beispielsweise in der Warenbranche hütet, ungemessene und ungerechtfertigte Personalkredite an zweifelhafte Unternehmer zu geben, sollte man auch in der Baubranche endlich gesundere Maximen in der Kreditgewährung aufkommen lassen. — Im Berliner Tageblatt (21. September) schildert Geh. Admiralitätrat Dr. W. Schrammeier

Chinas Finanznöte.

Die gegenwärtige Situation ist außerordentlich verfahren. Die Soldzahlungen für die Truppen sind noch rückständig und diese noch nicht abgelohnten und unzufriedenen Massen bilden eine ständige Gefahr für das Land. Die Regierung hat, um sich Gelder zu verschaffen, zu den unmöglichsten Mitteln, die ihre Autorität völlig untergraben müssen, gegriffen. Anleihen für Bahnbauten und andere bestimmte Zwecke wurden aufgenommen, die nachher teilweise zur Deckung laufender Ausgaben verwandt wurden, minderwertiges Geld wurde ausgegeben und Aemter an den Meistbietenden verschachert. Die laufenden Steuern sind dabei infolge grenzenloser Unordnung, die dem ganzen chinesischen Finanzwesen den Stempel aufdrückt, zum Teil noch gar nicht eingezogen. Ueberhaupt würde eine korrekt verfahrende und auf Ordnung im Staatshaushalt haltende Regierung sehr wohl mit den regulären Einnahmen wirtschaften können; es wäre nur erforderlich, daß eine pflichtgetreue und ehrliche Beamtenschaft dafür sorgte, daß die Eingänge auch wirklich in der Sollhöhe, die die Kräfte der Bevölkerung keineswegs übersteigt, erfolgen. Wie verrottet jetzt die Zustände sind, zeigt allein der Umstand, daß von der Salzabgabe, die bei richtiger Einschätzung zirka 300 bis 400 Mill. Taels erbringen könnte, bei einem Bruttosoll von 64 Mill. nur zirka 13 wirklich den Weg in die Kassen der Regierung finden. Nur radikale Reform der inneren Verwaltung wäre imstande, Chinas Finanzen zu reformieren. Hand in Hand mit dieser müßte jedoch die Uebernahme der Kontrolle durch die europäischen Großmächte erfolgen, die sonst mit Recht unter keinen Umständen für eine Beteiligung an der großen chinesischen Anleihe zu haben wären. — Wie die Frankfurter Zeitung (20. September) mitteilen kann, ist einem

Pariser Animierbankier,

dem hinreichend bekannten Theodor A. Singer, anscheinend nunmehr der französische Boden unter den Füßen zu heiß geworden, so daß er es vorgezogen hat, den Schauplatz seiner Tätigkeit etwas auffällig schnell zu verlassen. Da Singer speziell Deutschland mit Hilfe seiner Finanzzeitung „Internationale Finanzchronik" bearbeitet hat, ist leider zu erwarten, daß hier zahlreiche Personen geschädigt worden sind. Die „Regulierung" der Geschäfte und laufenden Verbindlichkeiten des „Abgereisten" hat dieser einem Herrn Raphael Consonni übertragen. — In seiner Wirtschaftlichen Korrespondenz (23. September) macht Richard Calwer auf die relativ

hohe Verzinsung der Renten

aufmerksam, die gegenwärtig bei dem niedrigen Kursstande der festverzinslichen Werte zu erzielen ist. Die Durchschnittsverzinsung der an der berliner Börse notierten festverzinslichen Werte stellt sich gegenwärtig auf 4,13 %, während sie Ende August 1911 noch 4,01 betrug. Von den einzelnen Untergruppen erbringen die deutschen Staatsanleihen einen Realzins von durchschnittlich 3,91 gegen 3,77 % im Vorjahre. Ausländische Staats- und Kommunalanleihen dagegen 4,05 % (3,97 %). Die Durchschnittsverzinsung der Dividendenwerte ist dagegen zurückgegangen und beträgt für die zum Augustkurse gekauften Papiere nur 5,08 %. Am höchsten verzinsen sich von den einzelnen Gruppen die Aktien der Metall- und Maschinenindustrie mit 5,30 %. Der Zeitpunkt zum Rentenerwerb ist jedenfalls gegenwärtig für das Publikum recht günstig, wenn man bedenkt, welchen Kursschwankungen die Dividendenwerte ausgesetzt sind und wie gering die Realzinsunterschiede zurzeit sind. — In seiner Arbeitsmarkt-Korrespondenz (22. September) weist derselbe Autor auf den

Rückgang der Kaufkraft des Geldes

hin. Für 100 ℳ erhielt man im Jahre 1910 im Großhandel noch 557, im Jahre 1911 449 und im Jahre 1912 nur noch 422 kg Roggenmehl. Man erhält ferner für dieselbe Summe 13 kg Weizenmehl weniger als im Vorjahre und 16 kg weniger als 1910. Bei Kartoffeln beträgt dieser Ausfall 574 resp. 1032 kg und bei der Kohle 181 kg. Dieselben Erscheinungen machen sich natürlich auch im Kleinhandel bemerkbar; hier erhält man für 1 ℳ bereits 3,41 kg Kartoffeln weniger als im Jahre 1911 und 5,12 kg weniger als im Jahre 1910. Bei Speisebohnen macht die Differenz 0,50 resp. 0,57 kg aus. — Der allgemeine Deutsche Bankiertag in München hat sich für eine Vermehrung des

Umlaufs an kleinen Reichsbanknoten

ausgesprochen. Der Berliner Börsen-Courier (23. September) gibt nun an Hand statistischen Materials eine Uebersicht über den Banknotenumlauf im abgelaufenen Jahre. Es zeigt sich da, daß, obwohl im allgemeinen die Regel befolgt werden sollte, den Notenumlauf nicht über 300 Mill. ℳ steigen zu lassen, diese Summe im Jahre 1911 doch schon verschiedentlich überschritten worden ist. So

betrug beispielsweise der Umlauf an kleinen Banknoten am 30. September 1911 insgesamt rund 346 und am 31. Dezember rund 367 Mill. ℳ. Die Ueberschreitung der als Grenze der Banknotenmengen, die man glaubte, dem Verkehr zumuten zu können, gedachten 300 Mill. spricht für die recht bedeutende Aufnahmefähigkeit des Marktes. — Ueber die Details der Geschäftsformen, in denen der

Kupferterminhandel an den deutschen Börsen

vor sich geht, berichtet in der Frankfurter Zeitung (20. September) Dr. Arthur Loewenstein. Während London bereits seit 1862 eine Kupferbörse besitzt, hat Deutschland, das England als Kupferkonsument in letzter Zeit bereits überholt hat, erst seit ganz kurzer Zeit zwei Kupferterminbörsen aufzuweisen. Das Haupthandelsprodukt der Terminbörsen ist das Standardkupfer; man hätte nun meinen können, daß für den hauptsächlichen Kupferkonsumenten Deutschlands, die Elektrizitätindustrie, die Errichtung der Terminbörsen in Berlin und Hamburg beinahe praktisch wertlos sei, da Standardkupfer keine bestimmte Kupfersorte, sondern vielmehr nur den mathematischen Qualitätdurchschnitt alles vorhandenen Kupfers darstellt, der zur Bestimmung der Preisdifferenzen des tatsächlich gelieferten Materials dient und somit die Lieferung jeder Kupfersorte unter den entsprechenden Verrechnungen erfolgen kann, während die Elektrizitätindustrie für ihren Bedarf nur Elektrolytkupfer benötigt. Die alleinige Notierung von Elektrolytkupfer würde den Markt bedeutend einengen. Man hat sich nun dadurch geholfen, daß man private Vereinbarungen trifft, nach denen gegen Zahlung eines bestimmten Zuschlages eine von vornherein festgesetzte Kupfersorte geliefert wird; ein Versprechen, das natürlich nur die großen Händlerfirmen, die dauernd Lagerbestände in jedem lieferfähigen Material unterhalten, eingehen können. Der Kupferterminhandel an der berliner und hamburger Börse einerseits und der londoner andererseits unterscheidet sich in den zur Anwendung kommenden Usancen vielfach. Die Abschlüsse verstehen sich in Deutschland per jeden der folgenden elf Monate, in London per Kasse oder Dreimonatstermin. Die deutsche Notiz versteht sich für 100 kg, die londoner für 1 t gleich 1000 kg, abgeschlossen wird in Deutschland über 10 t oder ein Mehrfaches und in London über minimal 25 t. Die Verrechnung der abgeschlossenen Geschäfte wird in Berlin von der Commerz- und Discontobank, in Hamburg von der Maklerbank besorgt, die alle Funktionen einer Liquidationskasse übernommen haben. Ein Nachteil der deutschen Lieferungmethoden gegenüber der englischen liegt darin, daß die Andienung der gehandelten Ware täglich während des bestimmten Monats erfolgen kann, so daß der Käufer ständig in seinen finanziellen Dispositionen behindert ist. In England dagegen wird beim Abschluß der Lieferungtag bestimmt. — Anläßlich der Tatsache, daß gegenwärtig häufig Wechselgläubiger, für deren Ansprüche das Landgericht die zuständige Instanz wäre, dazu übergehen, durch das Amtsgericht im Mahnverfahren Zahlungbefehle zu erlassen, macht der Berliner Börsen-Courier (19. September) auf ein Reichsgerichtsurteil über

Mahnverfahren und Wechselprozeß

aufmerksam, aus dem zu entnehmen ist, daß das oben geschilderte Rechtsmittel zu großen Unzuträglichkeiten für den Wechselgläubiger führen kann. Wird nämlich zum Mahnverfahren geschritten, so wird damit die Möglichkeit, die Forderung im Wechselprozeß einzuklagen, aufgegeben. Da das Rechtsmittel des Wechselverfahrens jedoch bedeutende Abkürzungen und Erleichterungen gewährt, so hat der Gläubiger für den Fall, daß er mit dem Mahnverfahren infolge Widerspruches nicht weiter kommt, seine besten Chancen eingebüßt, da eine Verbindung des Mahnverfahrens mit dem Wechselprozeß nach der neuesten Reichsgerichtsentscheidung nicht zulässig ist.

Aus den Börsensälen.

Selten hat die Spekulation die starken Anforderungen, die zum Oktobertermin an den Geldmarkt gestellt werden, so wenig berücksichtigt wie jetzt. Während noch in den letzten Wochen mit dem Hinweis auf den Quartalswechsel eine Zurückhaltung der Börsenspekulation zu bemerken war, ist augenblicklich die Lage des Geldmarktes ohne jeden Einfluss. Die Kurssteigerungen würden wahrscheinlich noch höher sein, wenn wir nicht vor dem Oktobertermin ständen. Aber die Grundtendenz ist doch unverändert fest. Selbst an denjenigen Tagen, an denen zu Beginn des Börsenverkehrs Realisationsangebot auftrat, machte sich bald wieder grössere Nachfrage geltend. Die Börse hofft, dass ihre Ansprüche verhältnismässig leicht befriedigt werden können und dass die Prolongation glatt vonstatten gehen werde. Freilich wird für Ultimogeld ein Satz von 6¾ % bis 7 % gefordert; aber man ist an hohe Zinssätze bereits so sehr gewöhnt, dass man hierin gar nichts Aussergewöhnliches findet. Solange Ultimogeld nicht knapp, sondern zu einem, wenn auch teuren Zinssatze erhältlich ist, fühlt sich niemand veranlasst, die Hausseengagements glattzustellen. Es wird sich noch zu zeigen haben, ob an den letzten Tagen des Monats die eigentliche Prolongation, namentlich für kleinere Firmen, sich nicht schwieriger gestaltet, zumal die Banken, wie verlautet, das Bestreben haben, mit Rücksicht auf die bekannten Wünsche der Reichsbank (die wieder auf dem Bankiertage ihren Ausdruck gefunden haben) das Zentralnoteninstitut möglichst wenig am Oktobertermin in Anspruch zu nehmen. Durch die bisher befriedigenden Ausweise der Reichsbank wird die Börse naturgemäss in ihrer optimistischen Auffassung bestärkt. Nicht minder stark wirken die fortgesetzt günstigen Nachrichten aus der Montanindustrie auf die Börse ein. Häufig wird bei

der Wertung der Konjunkturberichte kein Unterschied gemacht, ob für die Gesellschaft, deren Aktien gesteigert werden, nicht die Preiserhöhungen der Rohstoffe von Schaden sind. Die Steigerung der Rohmaterialpreise ist aber bereits seit einiger Zeit grösser als die vieler Fertigfabrikate, und von mehreren Gesellschaften ist schon auf diesen Missstand hingewiesen worden. Im laufenden Geschäftsjahre dürfte die Preisdifferenz noch nicht zu einem Rückgang der Erträgnisse führen, immerhin aber wird ein Teil der Mehrgewinne bei denjenigen Unternehmungen, die auf den Bezug von Rohstoffen angewiesen sind und nicht langfristige Verträge zu den bisherigen Preisen besitzen, ausgeglichen werden. In absehbarer Zeit muss sich aber dieses Missverhältnis verschärfen, wie es regelmässig in den Zeiten einer allgemeinen Hochkonjunktur der Fall ist. Die Rohstoffsyndikate behaupten zwar, in bezug auf die Festsetzung der Preise Mass halten zu wollen; bleibt jedoch die Nachfrage weiterhin so rege, so wird man erwarten müssen, dass sie dieses lobenswerte Prinzip bald aufgeben werden. Unter diesem Gesichtspunkte ist die Aufwärtsbewegung zu beurteilen, die zurzeit in den Aktien einiger kleinerer Eisenwerke stattfindet. Ist die Kurserhöhung bei den grossen Gesellschaften begreiflich, so erscheint es verfehlt, wenn die Börse auch den Aktien der reinen Walzwerke am Kassamarkte Interesse entgegenbringt. So wird gegenwärtig z. B. für die Aktien des Meggener Walzwerkes Beachtung hervorgerufen offenbar in Zusammenhang mit der Tatsache, dass das Unternehmen eine Kapitalserhöhung um 250 000 ℳ vorzunehmen beschlossen hat. Es klingt an und für sich schon merkwürdig, dass eine Aktiengesellschaft eine so geringe Vermehrung der Betriebsmittel notwendig hat, auch wenn ihr Kapital nur 1,25 Millionen ℳ beträgt. Viel besser wäre gewesen, wenn die Gesellschaft in den letzten Jahren geringere Dividenden ausgeschüttet und den Ausbau des Werkes aus eigenen Mitteln bestritten hätte. Sie hätte alsdann freilich zum Teil den Bankkredit beibehalten müssen, aber es würde nicht die Gefahr bestehen, dass bei einem Umschwung der Konjunktur wieder ein so erheblicher Rückgang der Erträgnisse eintritt, wie in den Jahren 1907/08 und 1908/09. Der Ausbau des Werkes kann bei so geringem Kapital natürlich nicht in der Richtung erfolgen, dass die Gesellschaft sich vom Bezuge der Roh- oder Halbstoffe unabhängig macht, sondern es sollen die Betriebseinrichtungen verbessert und neue zur Weiterverarbeitung der Fabrikate dienende Anlagen errichtet werden. Der gegenwärtig recht gute Geschäftsgang des Walzwerkes kann also nicht darüber hinwegtäuschen, dass der hohe Kurs nur einer Augenblickskonjunktur, aber nicht den späteren Aussichten für das Unternehmen angepasst ist.

* * *

Im allgemeinen wendet sich das Interesse der Spekulation am Kassamarkte immer wieder denselben Papieren zu. Im Vordergrunde standen wiederum die Aktien der reinen Kohlenzechen, weil die Mitteilung von der Aufhebung der Einschränkung der Kohlenproduktion und der Verminderung der Produktionseinschränkung für Koks von 25 % auf 18 % der Spekulation eine besondere Anregung verlieh. Als die Nachricht des Rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats eintraf, wurde zunächst sogar angenommen, dass die Kohlenproduktion völlig freigegeben worden ist. Dies ist jedoch vorläufig nicht der Fall, sondern die Zechen sind nur berechtigt, ihre gesamte Quote an das Syndikat abzuliefern. Der wesentliche Unterschied besteht darin, dass bei einer völligen Freigabe der Produktion diejenigen Zechen, die in der Lage sind, durch neue Betriebsanlagen ein die Beteiligungziffer überschreitendes Quantum zu fördern, nach dem Syndikatsvertrage auch eine Erhöhung der Beteiligungziffer erhalten müssen. Voraussetzung ist hierbei allerdings, dass die über die Quote hinausgehende Produktion sechs Monate lang zur Ablieferung an das Syndikat kommt. Nach dem jetzigen Beschluss des Syndikats steht eine solche Erhöhung der Beteiligungziffer jedoch nicht in Aussicht, und der Vorteil erstreckt sich nur auf dasjenige Quantum, das durch die Ermässigung der Einschränkung mehr geliefert werden kann. Dazu tritt allerdings als wesentliche Ersparnis für die Zechen im laufenden Jahre die Verringerung der Umlage sowie die bessere Verwertung der Nebenprodukte. Soweit die Koksproduktion in Betracht kommt, ist einzelnen Werken, wie z. B. der Arenbergschen Bergbau-Gesellschaft, vom 1. April dieses Jahres eine Erhöhung der Beteiligungziffer zugebilligt worden. Bei Arenberg beträgt die Mehrbeteiligung in Koks 180 000 t, während bisher die Gesamtbeteiligung in Kohlen und Koks 1,872 Millionen Tonnen betrug. Ferner ist die Gewerkschaft Arenberg Fortsetzung, deren Kuxe sich grösstenteils im Besitze der Aktiengesellschaft befinden, seit dem 1. April dieses Jahres in das Kohlensyndikat aufgenommen worden. Die Beteiligung beträgt 400 000 t Kohle und 150 000 t Koks. Vom nächsten Jahre ab wird die Beteiligung der Kohlenproduktion um 100 000 t erhöht; vom Jahre 1914 ab erfolgt eine weitere Steigerung in dem gleichen Umfange. Nicht so günstig liegen naturgemäss die Verhältnisse bei den übrigen Bergwerksgesellschaften; immerhin dürften die Betriebsergebnisse bei allen Gesellschaften besser ausfallen als im vorigen Jahre, trotzdem auch die Löhne gestiegen sind. Ob jedoch im einzelnen die an der Börse gehegten Dividendenerwartungen zutreffen, lässt sich schwer beurteilen. Es wird wesentlich darauf ankommen, wie sich die Produktionsverhältnisse einer jeden Gesellschaft gestalten. Eine massgebende Persönlichkeit der Kohlenindustrie äusserte sich kürzlich sogar dahin, dass die Kurssteigerungen mancher Kohlenwerte auf Börsenmanöver beruhen.

Bruno Buchwald.

Umschau.

Gs. Phönix. Die Vorgänge, die sich jeden Monat bei der Schätzung der Gewinnerträgnisse des Phönix an der berliner Börse abzuspielen pflegen sind schon oft, und auch im Plutus, kritisiert worden. Je nachdem „rheinische" Käufe oder Verkäufe vorgenommen werden, kombiniert man mehr oder minder grosse Mehrgewinne gegenüber dem Vorjahre, und die Tageszeitungen bringen Schätzungen von informierten Seiten, die nur den bedauerlichen Nachteil haben, dass sie erstens durchaus nicht immer mit der Wirklichkeit und dann auch nicht stets unter sich übereinstimmen. Das letzte Mal brachten beispielsweise vier grosse Berliner Blätter von einander nicht unwesentlich abweichende Ziffern und die Spekulation konnte sich nun auf das Raten verlegen, um zu ergründen, wer von den Vieren den echten Ring besass -- -- wenn er nicht überhaupt verloren gegangen war. Bereits in der letzten Generalversammlung hatte ein Aktionär scharfe Vorwürfe in dieser Beziehung gegen die Verwaltung erhoben und forderte sie zur Herausgabe von monatlichen Betriebsausweisen auf. Wie immer man zu dieser Forderung stehen mag, auf alle Fälle würden diese Ausweise eine höchst unangenehme Erscheinung beseitigen, auf die schon ausserordentlich oft von der Handelspresse hingewiesen wurde, und die jetzt wieder in einer interessanten Zuschrift der „Post" festgenagelt wird. Das sind die in den Börsenberichten oft unter dem Namen „rheinische Käufe resp. Verkäufe" figurierenden Börsentransaktionen der Bankfirma Wiener Levy & Co. Der Mitinhaber dieses Hauses ist Herr Carl Hagen, dessen Bruder Louis, der Chef der Cölner Bruderfirma A. Levy, neben seinen übrigen 43 Aufsichtsratsstellen noch den Posten eines stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtrates der Phönix A.-G. bekleidet. Die grösseren Transaktionen dieser Firma haben regelmässig entscheidenden Einfluss auf die Gestaltung der Tendenz am Phönix- und oft darüber hinaus am Montanmarkt. Wir sind nicht so päpstlich wie die Post, die in Konsequenz ihrer börsenfeindlichen Prinzipien in jeder Spekulation etwas Ungesundes sieht; im Gegenteil, wir sehen wohl ein, dass es schwer, wenn nicht unmöglich sein dürfte, einem Bankier, der neben sonstigen Bankgeschäften auch die volkswirtschaftlich durchaus — in gewissen Grenzen natürlich — gesunde Spekulation betreibt, diese und noch dazu gerade in dem Papier, in dem er sich am Besten auskennt, zu verdenken, weil wir mit dem im Börsenleben Erreichbaren rechnen und nicht Utopien nachjagen. Schlimmer ist es allerdings, wenn es so weit kommt, dass, wie die „Post" aus der Zuschrift wiedergibt, ein Bankdirektor seinem Kunden den Rat gibt, mit dem Verkauf seiner Phönix-Aktien zu warten, bis man sehen könne, wie „der Aufsichtrat liege", da man hieraus die Dividendenhöhe bestimmen könne, denn hieraus erhellt, das zum mindesten doch der Argwohn besteht, dass die Dividendenpolitik der grossen deutschen Montangesellschaft nicht von den herrschenden wirtschaftlichen Auspicien und den spezifischen Betriebsverhältnissen, sondern von den Börsendispositionen der im Aufsichtrate dominierenden Bankiers und Grossbanken bestimmt wird. Dieser Argwohn, erhält dadurch Nahrung, dass mit grosser Bestimmtheit verlautet, dass in der Bilanzsitzung des Phönix die um 3% gegen das Vorjahr erhöhte Dividende von 18% gegen die Intentionen der Direktion von den den Bank- und Börsenkreisen nahestehenden Aufsichtratsmitgliedern durchgedrückt worden ist. Welche für unsere gesamte Wirtschaft ungeheuerlichen Konsequenzen ein Ueberhandnehmen derartiger Tendenzen in den Aktiengesellschaften nach sich ziehen würde, braucht an dieser Stelle nicht betont zu werden.

Ein finanzieller Zusammenbruch. Aus Würzburg wird mir geschrieben: „Nur wenige Aktiengesellschaften mögen einen so schmählichen Zusammenbruch ihrer finanziellen Organisation erfahren haben wie die jetzige Aktiengesellschaft für landwirtschaftliche Maschinen in Würzburg, die bis vor wenigen Jahren den Firmenzusatz „vorm. Gebr. Buxbaum" trug. Die Bilanz, die das Unternehmen in diesen Tagen der Oeffentlichkeit unterbreitet hat, ist an sich schon schlimm genug. Dem Aktienkapital von 1 Mill. ℳ steht eine Unterbilanz von nicht weniger als 950 745 ℳ gegenüber, so dass von dem Kapital noch nicht einmal 50 000 ℳ, also 5%, intakt sind. Daneben steht eine Bankschuld, die den Betrag von 1 Mill. ℳ übersteigt. Ihre Deckung soll sie finden in 336 000 ℳ Debitoren und 397 000 ℳ Warenbeständen neben etwa 10 000 ℳ Kassa, Bankguthaben und Wechseln. Der Rest hat in den Immobilien und Maschinen Rückhalt zu suchen. Das wäre nun an sich schon eine Bilanz, wie es nicht viele ihresgleichen in Deutschland gibt. Aber sie repräsentiert nur zum kleinen Teil den tatsächlichen Verfall des Unternehmens. Die Gesellschaft ist nämlich Ende des Jahres 1909 einer Sanierung unterworfen worden. Der Ausdruck „Sanierung" ist freilich nicht richtig, wenn man ihn mit „Gesundmachen" übersetzt. In Wirklichkeit wurde die Gesellschaft nicht gesund gemacht, sie wurde nur unzureichend rekonstruiert. Dabei hatte man tatsächlich damals schon recht tief gegriffen. Das Grundkapital betrug nämlich vor der Rekonstruktion 1 250 000 ℳ, wovon die Finanz-Sanitäträte in 1909 1 125 000 ℳ abstrichen, also nur 125 000 ℳ übrig liessen. Die Herren glaubten damals offenbar mit diesem Schnitt schon alles getan zu haben, was auch die strengste Vorsicht verlangen könne, besonders, da zugleich 875 000 ℳ neue Aktien geschaffen wurden und das Kapital dadurch wieder auf 1 Mill. ℳ gebracht worden war. Allerdings, durch das neue Kapital erhielt die Gesellschaft gerade keine fürstlichen Mittel. Der grössere Teil, nämlich 597 000 ℳ, der neuen Aktien wurde von den beteiligten Banken, dem Essener Bankverein und der Bayerischen Bank für Handel und Industrie, nicht gegen bar, sondern gegen Verrechnung von den den Banken in gleicher Höhe zustehenden Forderungen übernommen, so dass tatsächlich die bare Kasse, die der Gesellschaft zufloss, nicht eben übermässig war. Die Rekonstruktion sollte dadurch vollendet werden, dass bei ihr die Gläubiger auf einen Betrag ihrer Forderungen verzichteten, der 780 000 ℳ ausmachte. Dass diese Sanierung, wie man es nannte, auch nicht entfernt ausreichte, zeigte sich schon sehr schnell. Die am 31. Dezember 1910 abgeschlossene Bilanz zeigte wieder annähernd 500 000 ℳ Unterbilanz oder 50% des Aktienkapitals, und der soeben bekanntgegebene neue Abschluss erhöht diesen Verlust, wie erwähnt, etwa auf den Stand des Aktienkapitals selbst, d. h. auf deutsch: Ueber den Forderung-

nachlass hinaus haben die beteiligten Bankinstitute auch noch den Betrag völlig verloren, zu dessen Ausgleich sie seinerzeit neue Aktien der Aktiengesellschaft für landwirtschaftliche Maschinen übernommen hatten. Die Gesamtverluste dürften sich, alles in allem genommen, bei ursprünglich $1^1/_4$ Mill. ℳ Kapital annähernd auf Höhe von 3 Mill. ℳ halten! Das ist gewiss alles, was man von einer Gesellschaft verlangen kann, die noch für das Geschäftsjahr 1907/08 5%, eine lange Reihe Jahre zuvor Dividenden zwischen 6 und 7% verteilte. Man darf ruhig aussprechen, dass derartige Verluste doch nur zu verstehen sind, wenn man ausserordentlich umfangreiche Bilanzfälschungen neben weitgehender fabrikatorischer Misswirtschaft annimmt. In der Tat sind die Direktoren der Gesellschaft, die zugleich Vorbesitzer waren, seit Jahren einer gerichtlichen Untersuchung unterworfen. Was aber besonders auffällt, ist, dass die der Gesellschaft nahestehenden schon genannten Banken in all den Jahren bis 1909 trotz ihrer ausserordentlich hohen Kreditinteressen es nicht verstanden haben, hinter die Bilanzmanipulationen zu kommen. Dabei war beispielsweise der vor einiger Zeit verstorbene Bankdirektor Wilhelm Rehm vom Essener Bankverein Jahre hindurch Vorsitzender des Aufsichtrats der Würzburger Gesellschaft. Es wäre zunächst einmal interessant, wenn man erführe, wie der Essener Bankverein zu seinem verlustreichen Würzburger Millionenengagement überhaupt gekommen ist. Die Geschäftsbeziehungen zur jetzigen Bayerischen Bank für Handel und Industrie liessen sich aus lokalen Interessen eher erklären. Was aber sucht der Essener Bankverein in Würzburg? Und warum ist es ihm nicht rechtzeitig gelungen, in die Verhältnisse der Aktien-Gesellschaft für landwirtschaftliche Maschinen vorm. Gebr. Buxbaum einen auch nur einigermassen klaren Einblick zu gewinnen, der ihn doch darüber hätte belehren müssen, wie gefährlich und bedenklich die Millioneninvestitionen in Würzburg sich allmählich gestalteten? Man wird in der Tat nicht viele Beispiele für einen so völligen Niederbruch einer Gesellschaft und für ein so totales Versagen der Bankkontrolle finden können, wie jetzt in Würzburg zu konstatieren ist. Für die Banken aber ist die Periode der Verluste und Risiken jetzt durchaus noch nicht etwa abgeschlossen. Denn jetzt müssen die beteiligten Institute doch daran denken, ihre sehr hohen Forderungen an die Gesellschaft, die auch nach dem Ausgleich eines Teiles durch Uebernahme der Aktien im Jahre 1909 jetzt wieder den Betrag von 1 Mill. ℳ übersteigen, zu retten und nach Möglichkeit zu mobilisieren. Wie soll denn das aber geschehen? Das Aktienkapital der Gesellschaft ist verloren; ihre Wiederaufrichtung setzt die Schaffung eines neuen werbenden Kapitals voraus; ausser diesem Betriebskapital aber müssen auch die Bankschulden getilgt werden. Ausser den Banken, die ja auch seit 1909 die Grossaktionäre sind, hat niemand ein nennenswertes Interesse an der Würzburger Gesellschaft. Infolgedessen müssen die Banken die Gesellschaft sanieren, sie müssen ihre Forderungen entweder streichen oder wieder in Aktien umwandeln. Sie müssen darüber hinaus die Gesellschaft noch durch Gewährung neuen Geldes flott und aktionsfähig machen. Wenn dann alles gut geht, werden die Bankinstitute vielleicht einmal eine Rente für die Summe erhalten, die sie jetzt und in der Folge noch zu investieren haben. Wann sie aus dem Engagement aber überhaupt herauskommen, liegt im Schosse der Zukunft. Es ist schade, dass sich nicht einmal ein Direktor des hauptbeteiligten Essener Bankvereins über dieses Engagement und seine Entstehung offen ausspricht. Die Aktionäre des Essener Bankvereins würde das sicher sehr interessieren. Der Fall der Aktiengesellschaft für landwirtschaftliche Maschinen in Würzburg ist auch wieder einmal ein Beweis dafür, zu welchen Verlustkonsequenzen und Risiken ein Industrieengagement bei einer Bank führen kann, wenn diese nicht rechtzeitig Schluss zu machen versteht."

Kolonialspekulation. Man schreibt mir: „Die Phantasie weiss sich am Markte der Kolonialwerte ihr Recht immer wieder zu verschaffen. Die schweren Kursniederbrüche, die der Kolonialmarkt in den letzten Jahren sah: (Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika, Kaoko Land- und Minengesellschaft, South African Territories Limited und viele andere), wirken nicht im Sinne einer dauernden Warnung. Der Markt ist ausserordentlich elastisch. Kaum bietet sich der Phantasie eine neue Chance — sofort setzt die Spekulation ein, als ob es niemals eine Ernüchterung und schwere Verluste nach wilden Ausschreitungen gegeben hätte. Vor wenigen Tagen hat, nach Beendigung eines jahrelang geführten Besitzstreites um die Pomonaminen, die Pomona-Diamantengesellschaft die Rechte einer Deutschen Kolonialgesellschaft erhalten. In ihr Anteilskapital teilten sich die streitenden deutschen und englischen Interessenten. Das Kapital wurde auf 3 Mill. ℳ bemessen. Heute, noch bevor der erste Abbau begonnen hat, wird das Unternehmen im freien Verkehr bereits auf annähernd $9^1/_2$ Mill. ℳ gewertet. Der Preis der Anteile, die per Erscheinen gehandelt werden, stellt sich auf etwa 310%. Die Spekulation hat Mut. Die Pomonafelder gelten gewiss als reich, angeblich sollen sie im Durchschnitt die reichsten in Deutsch-Südwestafrika überhaupt sein oder gewesen sein. Gewesen sein: denn niemand weiss, was in den letzten Jahren des Rechtsstreits trotz aller Bewachung gestohlen worden ist. Zumal der „Abbau" dort zunächst einmal im Auflesen aus dem Sande besteht. Immerhin, sicher ruhen dort erhebliche Mengen Diamanten. Indessen ist der Abbau reichlich belastet mit Abgaben aller Art, zu den offiziellen, nicht eben geringen Prozenten treten hier auch noch Sonderabgaben an die Vorbesitzer, die englische Firma de Pass. Die gesamten Verhältnisse sollten eigentlich den Händlern Reserve auferlegen, indessen ist kaum anzunehmen, dass die Pomonaspekulation zunächst zur Ruhe kommt. Man kann nur hoffen, dass das Publikum klaren Kopf bewahrt und sich auf den Erwerb der Pomonaanteile erst einlässt, wenn einigermassen zu übersehen ist, mit welcher Lebensdauer der Diamantenbergbau gegenüber der Insel Pomona zu rechnen hat und wie die Gestehungpreise, die Ertragsverhältnisse sich dort stellen. Ein neues „Diamantenfieber" wäre das letzte, was wir jetzt brauchen könnten. Dass man unter Mitwirkung amtlicher Stellen das Kapital der neuen Pomona-Gesellschaft auf 3 Mill. ℳ festgesetzt hat, scheint zunächst doch darauf hinzudeuten, dass informierte, ruhig abwägende Kreise die Gewinnaussichten der Pomonafelder auf die Dauer eben nicht wesentlich höher bemessen, als es einer angemessenen Verzinsung eben eines Kapitals von 3 Mill. ℳ entspricht."

Gs. Genossenschaftbanken. Ueber sehr erbauliche Zustände bei zwei Genossenschaftbanken wissen die Tageszeitungen zu berichten. Die Bernauer Bank, eine eingetragene Genossenschaft m. b. H., ist zusammengebrochen, nach einem nur zehnmonatlichen Bestehen, das indessen so voll interessanter Ereignisse gewessen ist, dass eine kurze Wiedergabe und Erörterung wohl am Platze ist. Eröffnet wurde der Betrieb mit einem Betriebskapital von 8000 ℳ, den Kautionen der Angestellten. Erst später verstand sich einer der Gründer des Unternehmens, — die Herren haben überhaupt z. T. eine reichlich dunkle Rolle gespielt; es handelt sich um die berliner Herren Willy Lessler und Georg Friedländer, sowie um Paul Elsner, Bernau —, Herr Elsner zu einer Einlage von 12 000 ℳ. Ausserdem war noch die Einlagensumme von 5000 ℳ vorhanden. Dies alles hinderte jedoch den Vorstand nicht, sich eine „Vergütung" für seine Gründungbemühungen in Höhe von 7000 ℳ zahlen zu lassen. Auch sonst litt dieser Vorstand, der sich nach dem Rücktritt Lesslers noch aus den Herren Friedländer und Elsner zusammensetzte, keineswegs Not, liess er sich doch eine monatliche Vergütung von 1000 ℳ auszahlen. — Gleichzeitig wurde — alles nach der Kölnischen Volkszeitung — die Kreditgewährung recht leichtsinnig betrieben. Die Tätigkeit der Vorstandsmitglieder beschränkte sich jedoch durchaus nicht hierauf. Die per 31. Dezember gezogene Bilanz wies statt der tatsächlich erzielten Unterbilanz von 5000 ℳ einen Gewinn von 23 ℳ aus. Unterdes war der Gerichtsvollzieher täglicher Gast in den Räumen der musterhaft geleiteten Genossenschaftbank. Die Zeit zur Sanierung schien gekommen, das sah sogar Herr Lessler, der frühere Spiritus rector, ein, der mit imponierender Pünktlichkeit gerade in diesem historischen Moment wieder auf der Bildfläche erschien und nunmehr mit einem sich „Bankdirektor" nennenden anderen berliner Herrn, Hermann Mauerhoff, zu einer grossartigen Sanierungaktion schritt. Der Aufsichtrat wurde mit vier neuen Männern besetzt, der alte Vorstand ab- und die beiden Sanierungräte dafür eingesetzt, den Aufsichträten für Hergabe ihrer Namen auch die Anteile der Vorgänger gutgeschrieben. Die beiden Sanierungräte bedachten sich für ihre Anstrengungen mit der hübschen runden Summe von 3000 ℳ. Soweit war alles schön und gut, wenn nur nicht der Erfolg der Sanierung ausgeblieben wäre, ebenso wie die in Aussicht gestellten Geldleute. Im Konkurs stellte sich heraus, dass Anteile wie Haftsummen vollkommen verloren sind. Auch die Gläubiger erleiden Einbussen, und Depotunterschlagungen sollen vorgekommen sein. Den Gründern der Bank ist die ganze Sache so gut bekommen, dass sie nach Mitteilung desselben Blattes die Gründung eines ähnlichen Musterinstituts mit Angestelltenkautionen in einem berliner Vororte beabsichtigen. Wie weiter aus der Schilderung des Sachverhalts hervorgeht, hat sich die Zahl der Genossenschafter, die zur Zeit der Gründung sieben betrug, nach und nach bis auf dreissig erhöht. Und das ist denn doch ein Umstand, der dem Kritiker starkes Kopfschütteln abnötigen muss. Ueber wieviel blinde Vertrauensseligkeit oder besser noch über wieviel Unfähigkeit, einen einigermassen klaren Ueberblick über die Lage des Unternehmens und die von seinen Gründern angewendeten Praktiken zu gewinnen, müssen die während der zehn Monate eingetretenen 23 Genossenschafter verfügt haben, dass sie, die doch beim Eintritt in eine Genossenschaft im ureigensten Interesse aufs Peinlichste alle in Betracht kommenden Unterlagen zu prüfen hatten, keinen Argwohn fassten! Selbst wenn man annimmt, dass sehr geschickte Bilanzverschleierungen vorgenommen worden sind, die zu entdecken selbst geschäftskundigere Leute als die hier in Betracht kommenden kleinen Gewerbetreibenden kaum in der Lage gewesen wären, hätten sie doch wohl die Möglichkeit gehabt, bei einiger Mühe und etwas Sachkenntnis wenigstens einiges zu monieren, was bei weiterem Eingehen und Verfolgen der Angelegenheit entweder das Unterbleiben des Eintritts der Betreffenden oder sogar ein Aufmucken der alten bewirkt hätte. So hätten sie die ganz unverhältnismässig hohen Bezüge des Vorstandes rügen und das Vorhandensein der Angestelltenkautionen erkunden müssen. Sie hätten ferner, da der Kreis der Kreditnehmer einer Genossenschaftbank doch stets lokal eingegrenzt zu sein pflegt, und ihnen die Bonität der Kunden deshalb wohl auch zumeist bekannt sein musste, gegen die Art und Weise der Kreditgewährung Einspruch erheben müssen. Dass dies unterblieben ist, zeigt wieder, wie leichtsinnig so viele Leute im Eingehen von rechtlich so verhängnisvollen Verpflichtungen sind, wie es die Erwerbung der Mitgliedschaft einer Genossenschaft m. b. H. ist. Derartige Leute, die allein nicht über genügende geschäftliche Kenntnisse verfügen, sollten sich stets bei Durchsicht der Unterlagen vor Eintritt in eine Genossenschaft von einem unabhängigen vereideten Bücherrevisor assistieren lassen und von der Genehmigung dieser Bedingung ihren Eintritt abhängig machen.

* * *

Der zweite interessante „Fall" im buchstäblichen Sinne des Wortes einer Genossenschaftbank, betrifft den Vorschussverein in Grossneundorf bei Neisse. Der inzwischen mit grossen Opfern sanierte Verein hat nach der Frankfurter Zeitung mehr als eine halbe Million ℳ durch Spekulation zweier Vorstandsmitglieder in den obskursten Oel- und Gummiplantagenshares verloren. Die beiden Spielratten, die für die ihnen anvertrauten Gelder keine bessere Verwendung wussten, sind einer Reihe von Bucketshops und Anreissern in die Hände gefallen, die ihre unglaubliche geschäftliche Unkenntnis und Spielleidenschaft nach besten Kräften und vereint ausbeutete. Sie drehten ihnen z. B. Troesan Estate shares an für den Preis von 320 000 ℳ und „tauschten" sie ihnen mit einem Verlust von 290 000 ℳ in Internationale Oil Company shares ein. Die Firmen, die sich an diesen Transaktionen beteiligten, sollen hier genannt werden: es sind die Bankiers Max Samson & Co., Hamburg, Cassel & Ambach, Berlin, Seuss & Ströbel, München, Reich & Co., Berlin und Bayer, London. Die Genossenschaft hat übrigens noch Glück im Unglück gehabt, da die Firma Max Samson & Co. ein Akzept über 107 000 ℳ in Zahlung genommen hat, zu dessen Einlösung es nicht kam. — Auch hier muss man sich fragen, wie es möglich ist, dass die Genossenschafter von den Vorgängen auf dem Effekten-Konto, die doch bei derart hohen Auszahlungen — es sind insgesamt 503 000 ℳ verloren, — nicht spurlos an den Geschäftsbüchern und der Aufmerksamkeit der Beamten oder Rechnungprüfer vorübergegangen sein können, erst so spät erfahren haben.

Gedanken über den Geldmarkt.

In London hat jetzt diejenige Entwicklung eingesetzt, die seit Wochen im offenen Markt ihre Schatten vorausgeworfen und die Gestaltung der Zinssätze entscheidend beeinflusst hatte, d. i. die grossen Goldentziehungen seitens der überseeischen und kontinentalen Konsumenten. Was vorher in dieser Beziehung stattgefunden hatte, fiel speziell für die Bank von England wenig ins Gewicht, da es in keinem einzigen Falle den Umfang der Ankünfte an Produktionsgold übertraf, vielmehr sich meistens in so engen Grenzen hielt, dass die Bank selbst noch einen grossen Teil der südafrikanischen Provenienz erwerben konnte. In der verflossenen Woche wurde aber das Produktionsgold ganz und gar von den fremden Reflektanten in Anspruch genommen, und darüber hinaus musste die Bank von England noch 1 170 000 Pfund aus ihren Kassen an das Ausland abgeben. Das ist ein scharfer Umschwung, der aber, rein für sich betrachtet, im Moment weder zu überraschen noch zu beunruhigen braucht, da es sich um eine der Jahreszeit völlig angemesse Erscheinung handelt. Es ist nur die Frage aufzuwerfen, ob diese Bewegung in denjenigen normalen Grenzen bleiben wird, die der Rüstung des englischen Instituts entsprechen, und ihm gestatten, ohne scharfe Gegenmassregeln Herr der Situation zu bleiben.

Für die Beurteilung dieser Frage ist es notwendig, zwischen den Reflektanten für das gelbe Metall Unterschiede zu machen. Ziffernmässig spielt vorläufig der ägyptische Bedarf die Hauptrolle, gerade dieser wird zunächst aber am allerwenigsten zu beunruhigen vermögen, da sein Umfang im Zusammenhang mit dem Ernteerträgnis des Nillandes an Baumwolle steht und der Bank von England daher ziemlich genau bekannt sein muss; freilich hat in früheren Perioden an dieser Stelle häufig noch ein bedeutender Begehr für die Zwecke der überaus regen ägyptischen Landspekulation eine ungünstige Rolle gespielt, doch scheint eine solche Komplikation in diesem Jahre kaum zu befürchten zu sein. Ebensowenig werden die türkischen Goldentnahmen zu Besorgnissen Anlass bieten können, da das Aktivum in der ottomanischen Handelsbilanz nicht stark genug ist, um ihnen eine bedenkliche Ausdehnung zu geben, und auch die Guthaben aus Darlehnsgeschäften keineswegs genügen, die türkischen Bezüge gefährlich werden zu lassen.

Eine grössere Rolle als Reflektant hat in der letzten Zeit auch Deutschland gespielt, und diese Tatsache scheint eher dazu angetan, ernster betrachtet zu werden. Wenn auch die Aussicht auf den hohen Zinsgenuss am Ultimo September eine Vermehrung der englischen Guthaben in Berlin herbeiführte und so der gegen England gerichtete Stand der deutschen Valuta teilweise auf einer Zinsarbitrage beruht, die mit dem Eintritt des neuen Quartals ihr Ende erreichen dürfte, so ist doch nicht zu verkennen, dass die Kursbewegung der Valuta zum grösseren Teil einer Nachwirkung der in den letzten Monaten eingetretenen Verschiebung der Handelsbilanz zwischen Deutschland und England entspringt, bei der sich die Aktivseite erheblich zugunsten Deutschlands gestaltet hat. Dieses letztere Moment hat an sich grössere Bedeutung für den Goldabfluss nach Deutschland, trotzdem werden unseres Erachtens die deutschen Bezüge in London im weiteren Verlauf des Herbstes nicht mehr wesentlich ins Gewicht fallen, da nach Erledigung des Oktober-Termins mit dem Rückfluss der Quartalsgelder in Berlin auch eine Steigerung der englischen Devise einsetzen wird, die weitere Operationen bedeutend erschwert.

Bieten die bisher genannten Goldkäufer also keinen besonderen Grund zur Beunruhigung in London, so verdient um so mehr der neuerdings einsetzende amerikanische Begehr rege Beachtung. New York war fast zwei Jahre lang als Konkurrent um das gelbe Metall nicht auf dem Plan erschienen, und es ist auch nicht allzu bedeutend, was bis jetzt von New-Yorker Bankiers bei den Barrenauktionen erworben worden ist. Die Erfahrung lehrt aber, dass Amerika in den meisten Fällen sich auf diesem Gebiete nicht mit Kleinigkeiten abgegeben hat, und besonders in diesem Jahre könnte eine derartige Bewegung grosse Dimensionen annehmen, da die Union bei ihren günstigen Ernteaussichten vermutlich eine Riesenausfuhr an Bodenprodukten haben dürfte, und ihre Handelsbilanz ausserdem durch grosse Steigerung des Kupferpreises anhaltend günstig beeinflusst wird. Im Zusammenhang mit diesen Faktoren zeigt sich zunehmende wirtschaftliche Regsamkeit in Nordamerika, so dass vielerlei Voraussetzungen dafür gegeben sind, dass die Yankees den Erlös ihrer Exporte für die Verwendung im eigenen Lande möglichst schnell an sich ziehen werden. Die Wahrscheinlichkeit weiteren amerikanischen Goldbegehrs in Europa ist daher recht gross, es ist aber damit keineswegs gesagt, dass sich dieser Umstand zu einer Gefahr für den europäischen Geldmarkt im Laufe des Herbstes auswachsen muss. Wenn der New-Yorker Geldmarkt seine augenblicklichen saisongemässen Schwierigkeiten aus eigener Kraft zu befriedigen vermag oder ihm durch Subvention des Schatzamts die Regulierung erleichtert wird, so besteht für die New-Yorker Bankwelt keine Veranlassung, im Hinblick auf die kommenden Warenexporte grosse Kredite in Europa zu mobilisieren, deren Gegenwart zum erheblichen Teil kaum anders als durch Goldverschiffungen von Europa nach Amerika gelangen dürfte. Die Union könnte dann im Gegenteil ruhig abwarten, bis die entsprechenden Forderungen aktuell sind, und so allmählich und zu einem für den europäischen Geldmarkt geeigneteren Zeitpunkt die neuentstandenen Forderungen an sich ziehen. Der Gang der Dinge in New York wird also die Gestaltung der Verhältnisse in London und darüber hinaus im übrigen Europa wesentlich beeinflussen. Sollte es zu forcierten Goldentziehungen New Yorks kommen, so erscheint eine weitere Diskonterhöhung der Bank von England kaum vermeidbar, und der Reflex auf dem Kontinent würde gleichfalls nicht ausbleiben.

In näherer Aussicht steht jetzt schon eine Diskontsteigerung der Bank von Frankreich, mit deren Wahrscheinlichkeit wir uns schon in einer unserer früheren Betrachtungen beschäftigt haben. Die rege industrielle Betätigung in Frankreich selbst, sowie die scharf ansteigende Kurve der gesamten Weltkonjunktur könnte die Aufrechterhaltung des dreiprozentigen Satzes für den Rest des Jahres ohnehin nicht raisonnabel erscheinen lassen, und es ist daher anzunehmen, dass die Bank von Frankreich mit ihrer Satzsteigerung nicht mehr lange zögern

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:[1])

Freitag, 27. September $4^3/_4$ %	Düsseldorfer Börse. — Ironmonger-Bericht. — Liquidation Berlin, Hamburg, Wien; Zahltag Brüssel. — *G.-V.:* Lausitzer Eisenbahn-Ges., Löwenberg-Lindow-Rheinsberger Eisenbahn, Brohltal-Eisenbahn, Süddeutsche Eisenbahn-Ges., Teutoburger Waldeisenbahn, Zuckerfabrik Kruschwitz, Oberrheinische Elektrizitätswerke Wiesloch, Hochofenwerk Lübeck, Keats Maschinen-Ges., Berliner Cichorienfabrik Voigt i. L.
Sonnabend, 28. September $4^3/_4$ %	Bankausweis New York. — Prämienerklärung Paris. — *G.-V.:* Rigaer Commerzbank, Kremmen-Neuruppiner-Eisenbahn-Ges., Cöln-Bonner Kreisbahnen, Ruppiner Kreisbahn, August Wegelin Akt.-Ges. f. Russfabrikation, Wotan-Werke, Pfälzische Pulverfabriken St. Ingbert, Bredower Zuckerfabrik, Bergbau- u. Hütten-Ges. Friedrichshütte, Braunschweigische Akt.-Ges. f. Jute- u. Flachsindustrie, Chemische Fabriken Harburg-Stassfurt, Brandenburgische Carbid- und Elektrizitätswerke, Farbwerke Franz Rasquin Akt.-Ges. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Ica Akt.-Ges. Dresden.
Montag, 30. September $4^1/_2$ %	Essener Börse. Ultimoliquidation Frankfurt a. M., Paris. — Lieferungtag Berlin, Hamburg. — *Bericht der Wolldeputation.* — *G.-V.:* Bergbau-Ges. Neu-Essen, Kölner Bergwerksverein, Clarenberg Akt.-Ges. f. Kohlen- und Tonindustrie, Phönix Akt.-Ges. f. Braunkohlenverwertung, Brandenburgische Städtebahn, Reinickendorf-Liebenwalder Eisenbahn, Rinteln-Stadthagener Eisenbahn, Westfälische Landeseisenbahn, Bleistiftfabrik Faber, Deutsche Gardinenfabrik Plauen, Jutespinnerei und Weberei Cassel, Lingel Schuhfabrik, Porzellanfabrik C. M. Hutschenreuther. — Schluss der Einreichungfrist Aktien Lapp Tiefbohr-Ges., Schluss des Bezugsrechts Aktien Bremer Strassenbahn.
Dienstag, 1. Oktober $4^1/_8$ %	Düsseldorfer Börse. — *Berliner Getreidebestände.* — *Hamburger Kaffeevorräte.* — *Septemberausweise Grosse Berliner Strassenbahn, Allgemeine Berliner Omnibus-Ges., Elektrische Hoch- u. Untergrundbahn, Hamburger Strasseneisenbahn, Hamburg-Altonaer Centralbahn.* — *G.-V.:* Leipziger Buchbinderei Fritzsche, Akt.-Ges., Dillinger Hüttenwerke. — Schluss der Einreichungfrist Süddeutsche Wasserwerke, Umtauschfrist Nordhäuser Kaliwerke, Zuzahlungfrist Deutsche Hotel-Akt.-Ges.
Mittwoch, 2. Oktober $3^7/_8$ %	*Reichsbankausweis.* — *G.-V.:* Stahlwerk Oeking, Akt.-Ges. Stobwasser i. L. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Deutsch-Südamerikanische Telegraphen-Gesellschaft.
Donnerstag, 3. Oktober $3^1/_8$ %	Essener Börse. — Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — Zahltag Paris. — *Duurings Kaffeestatistik.* — *Septemberausweis Luxemburgische Prinz Heinrichbahn.* — *G.-V.:* Glückauf Akt.-Ges. f. Braunkohlenverwertung, Braunkohlenwerke Leonhard, Stettiner Oderwerke, Transport-Akt.-Ges. Hevecke. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Reiherstieg-Schiffswerft und Maschinenfabrik.
Freitag, 4. Oktober 4 %	Düsseldorfer Börse. — Ironmonger-Bericht — Zahltag Wien. — *G.-V.:* Braunkohlen-Akt.-Ges. Vereinsglück Meuselwitz, Gebr. Krüger & Co. Akt.-Ges.
Sonnabend, 5. Oktober $3^7/_8$ %	Bankausweis New York. — *Septemberausweis Franzosen, Lombarden.* — *G.-V.:* Hasper Eisen- und Stahlwerke, Gothaer Waggonfabrik, Hamburger Elektrizitätswerke, Altona-Kaltenkirchener Bahn, Gladbacher Wollindustrie L. Josten, Sächsische Kunstseidefabrik.
	Ausserdem zu achten auf: Geschäftsberichte der Bergwerke und Hütten. Zulassungsanträge (in Mill. M.): Berlin: 2,5 neue Aktien Ges. f. Lindes Eismaschinen, 2 4% Ulmer Stadtanleihe, 8 4% Casseler Stadtanleihe, 30 $4^1/_2$% Obl. Siemens-Schuckertwerke, 2 Aktien Capito & Klein Akt.-Ges., Benrath. Dresden: 0,3 neue Aktien Carl Haniel Akt.-Ges. Verlosungen: 1. Oktober: $3^1/_2$% Gothaer Prämien-Pfandbr. (1871), $2^1/_2$% Griechische Nationalbank Prämien-Anleihe (1904), $3^1/_2$% Lübecker 50 Tlr. (1863), 3% Rotterdamer 100 Gld. (1868), $2^1/_2$% Stuhlw.-Raab-Grazer Eisenb. 100 Tlr., 4% Theiss-Regulierung 100 Gld. (1880), 3% Türkische 400 Fr. (1870). 5. Oktober: $2^3/_5$ u. 3% Crédit foncier de Fr., Comm.-Obl. (1879, 1880, 1891, 1899, 1909), $2^1/_2$% Pariser 400 Fr. (1894/96), Pester I. Vaterländischer Sparcassa-Verein 100 Kr. (1906).

[1]) Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttage, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen. Unter dem Datum steht immer der Privatdiskont in Berlin vom selben Tag des Vorjahres.

wird, zumal die Devisenkurse in Paris schon längere Zeit unerwünscht hoch sind und die Bank keinerlei Neigung zeigt, diesem Zustande durch Goldabgaben zu steuern. Damit soll aber keineswegs die Hoffnung aufgegeben sein, das Institut an der Befriedigung der grossen internationalen Goldansprüche späterhin doch noch teilnehmen zu sehen, wenn die offizielle Rate durch eine Erhöhung mit der internationalen Geldlage besser in Einklang gebracht ist.

In Berlin hält die günstige Gestaltung des Marktes vorläufig noch in vollem Umfange an, und die Erledigung des Medio hat die Flüssigkeit im freien Verkehr kaum mehr als einen Tag beeinträchtigt, ein Zeichen, wie kräftig die Vorbereitungen für den nahenden Termin sind. Die Ultimo-Regulierung hat auf einer Zinsbasis von ca. 7%

eingesetzt, was ungefähr den Kalkulationen entspricht, die man vorher aufgestellt hatte. Mit grösseren Variationen des Satzes ist zunächst kaum zu rechnen, da die Grossbanken nach längeren fruchtlosen Bemühungen dieses Mal Vereinbarungen für einen Einheitssatz getroffen haben, den sie der in- und ausländischen Kundschaft für die ihnen zur Placierung übergebenen Reportgelder vergüten. Die Versorgung wird auch wesentlich dadurch unterstützt, dass die Seehandlung dieses Mal schon erheblich früher als sonst mit Offerten im Markte ist, und bereits einen nicht unerheblichen Teil der ausgeliehenen Gelder prolongiert hat. Im Verhältnis zum Ausland sind bis zum Moment noch keine besonderen Verschiebungen eingetreten, nachdem im Verlaufe des Monats, wie schon mehrfach erwähnt, grössere Beträge über den Ultimo Oktober hinaus aus Paris und London neu angelegt worden waren. Mit diesem günstigen Verhalten des offenen Marktes stimmen auch die bisherigen Verschiebungen im Reichsbankstatus überein, in dem sie sich in durchaus normalen Grenzen halten und speziell gegen die entsprechenden Vorjahrsziffern vorteilhaft abstechen. Das Institut ist hierdurch in die Lage versetzt, die Diskonterhöhung noch weiter zurückzustellen, und es regen sich bereits optimistische Stimmen, die einen Uebergang in das neue Vierteljahr auf Basis der gegenwärtigen Rate voraussagen. Bei allen Fortschritten, welche die jüngste Entwicklung des Marktes erkennen lassen, erscheint uns eine derartige Zuversicht doch zu weitgehend, zumal es der Reichsbank vermutlich nicht leicht werden würde, mit der jetzigen Rate bei den Rückflüssen nach der Quartalswende die neu erworbenen Goldzuflüsse festzuhalten, und daher eine Erhöhung bald nach dem Ultimo eintreten müsste. Sollte das Direktorium aber wirklich diesen ungewohnten Liberalismus in der Diskontpolitik walten lassen, so würde es vermutlich im Vertrauen auf die neuerdings so energisch geforderte Disziplin der Grossbanken geschehen, von denen trotz der ungewöhnlich grossen Differenz zwischen Bankrate und Reportsätzen ein Verzicht auf Lombardierungen und Wechseleinreichungen in grösserem Stil erwartet würde.

Justus.

Plutus-Archiv.

Waren des Welthandels.

Seide.

Die **Seide** (lateinisch: serica, französisch: soie, englisch: silk, italienisch: seta) ist der edelste und gleichzeitig der vollkommenste Rohstoff der Textilindustrie, den die Natur liefert, da bereits das Gespinst auf natürlichem Wege so gut wie fertig vorliegt. Sie stellt die strukturlose Ausscheidung, das an der Luft zu einem Faden oder Fadengewirre erhärtete Absonderungprodukt der Spinndrüsen einer Anzahl von

Seidenraupenarten, die den Nachtschmetterlingen zugehören, dar. Im Gegensatz zur

Wolle und Baumwolle, Flachs, Hanf usw., die organisierte Stoffe, d. h. Haare oder Fasern von anatomisch mehr oder minder kompliziertem Bau repräsentieren, handelt es sich bei der

Seidenfaser um ein anatomisch nicht differenziertes Gebilde. Das Sekret der Seidenraupen, das schon bei den einzelnen Häutungen der Tiere in ihrer Entwicklungperiode eine Rolle spielt, wird in grösseren Mengen zwecks Einspinnung der Raupe in ein Gehäuse, den sog.

Kokon oder die Schutzhülle, bei der Umwandlung in die Puppe abgeschieden, aus welcher bekanntlich der Schmetterling hervorgeht. Ausser den Sekreten des Spinnprozesses der Seidenraupen sind es noch die Sekrete einiger Spinnen, die bei der Herstellung ihrer Netze, teils zum Insektenfang, teils zur Befestigung und zum Wandern von Baum zu Baum, endlich auch zum Schutz der Eier einen dem Seidenfaden der Raupe gleichartigen oder annähernd gleichartigen Faden liefern, die sog.

Spinnenseide. Endlich liefert auch die

Steckmuschel die sog.

Seeseide oder

Muschelseide, einen Seidenfaden odereinen sog.

Faserbart, welcher der Muschel zum Festhalten dient. Spinnenseide und Muschelseide haben seit 200 bzw. 100 Jahren immer wieder die Aufmerksamkeit der Technik und Industrie auf sich gelenkt. Theoretisch und praktisch ist das Problem der rentablen Verwendung dieser Seiden wohl gelöst, aber trotz unleugbarer Vorzüge und vortrefflicher Eigenschaften ist die Produktion der Spinnen- und Muschelseide niemals so umfangreich gewesen, dass sich bis jetzt eine nennenswerte Industrie darauf aufbauen konnte. Für die Textilindustrie bleiben also nur die Seidenraupenarten die Lieferanten der Handelsseide. Dieser

echten Seide stehen die anhangsweise zu behandelnden

Kunstseide oder Kunstseidearten gegenüber, deren industrieller Aufschwung erst in die letzten Jahrzehnte fällt. Die

Gewinnung der echten Seide basiert ausschliesslich auf dem Sekret einiger Vertreter der sog.

Seidenraupen. Seidenraupen im weiteren Sinne sind Vertreter der Gruppen

Bombycina, und zwar der Gattungen

Saturniden und Bombyciden. Die Zahl der zu diesen Gattungen gehörenden Arten, die meist in tropischen Ländern heimisch sind, ist sehr gross. Die Gattungen der Saturniden zählt allein einige hundert Arten. Zu den Saturniden gehören u. a. das

Nachtpfauenauge, zu den Bombyciden, auch in unseren Gegenden sehr bekannte Raupenarten, so der gewöhnliche

Ringelspinner, die Brombeer-, Birken-, Eichen-, Kiefern-, Fichtenspinner (die gefürchtete Nonne), ferner der

Buchen-, Weissdorn- und Pappelspinner.

(Fortsetzung folgt.)

Chefs und Angestellte.

(Entscheidungen des Berliner Kaufmannsgerichts.)

§ 157 BGB.

Verbleiben in der Stellung über den Kündigungstermin hinaus kann als Einwilligung in die vom Prinzipal verlangte Vertragsänderung gelten. Der Kläger verlangt Provision für die Nachbestellungen, die von den Kunden direkt bei der beklagten Firma gemacht worden sind. Er hat mehrere Auszüge bekommen und monierte es, dass ihm für die Nachbestellungen keine Provision gutgeschrieben war. Die Beklagte erwiderte ihm, dass er dafür keine Provision erhalte. Trotz dieser Meinungsverschiedenheit blieb er in der Stellung. Das Gericht beschliesst, durch einen Bücherrevisor aus den Büchern der Beklagten feststellen zu lassen, wieviel Nachbestellungen bis zu dem Tage eingelaufen seien, zu welchem der Kläger hätte kündigen können, nachdem er bemerkt hatte, dass ihm keine Provision gutgebracht worden war: für die Anfangszeit habe der Kläger auch für die Nachbestellungen Provision zu fordern. Für die Folgezeit komme es darauf an, dass die Beklagte erklärt habe, er solle nur von den durch ihn selbst gebrachten Aufträgen Provision erhalten. Der Kläger hätte mit grösserer Energie darauf dringen müssen, dass ihm die Provision auch für indirekte Aufträge zugebilligt wurde, oder er hätte kündigen müssen. (Beschluss der I. Kammer vom 22. August 1912.)

§§ 54, 705 BGB.

Klage gegen einen Gläubigerausschuss. Der Kläger war bei einer Firma angestellt, deren Inhaber anfangs St., dann B. war. Sie geriet in Zahlungschwierigkeiten, und die Gläubiger bildeten einen Ausschuss, der für ihre Befriedigung aus den Einnahmen sorgen sollte. Der Konkurs ist nicht eröffnet worden. Die Klage ist gegen den Gläubigerausschuss und zwei diesem angehörende Gläubiger erhoben. Das Gericht weisst ab: der Gläubigerausschuss als solcher könne nicht verklagt werden, da er keine juristische Person sei. Die beiden verklagten Mitglieder des Ausschusses hafteten nicht, da nicht erwiesen sei, dass sie Inhaber des Geschäftes seien. (Urteil der V. Kammer vom 24. September 1912.)

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Jahrbuch des Kaufmannsgerichts Berlin. Aufsätze, Entscheidungen, Anträge, Gutachten. Herausgegeben von Max von Schulz, Magistratsrat, Erstem Vorsitzenden des Kaufmannsgerichts Berlin. 3. Band. Preis gebd. 8 *M*. Berlin W. 9 1912, Verlag von Franz Vahlen.

Aufsätze. — Entscheidungen. — Materielles Recht. — Das kaufmännische Dienst- und Lehrverhältnis. — Dienstvertrag und Lehrvertrag. — Antritt, Fortsetzung, Auflösung des Dienst- und Lehrverhältnisses. — Inhalt und Aushändigung des Zeugnisses. — Leistungen aus dem Dienst- oder Lehrverhältnis. — Rückgabe von Sicherheiten, Zeugnissen, Legitimationspapieren oder anderen Gegenständen. — Ansprüche auf Schadensersatz oder Zahlung einer Vertragsstrafe wegen Nichterfüllung oder nicht gehöriger Erfüllung der Vertragsverpflichtung aus dem Dienst- und Lehrverhältnis. — Ansprüche wegen gesetzwidriger oder unrichtiger Eintragungen in Zeugnisse, Krankenkassenbücher oder Quittungkarten der Invalidenversicherung. — Berechnung und Anrechnung der von den Handlunggehilfen oder Handlunglehrlingen zu leistenden Krankenversicherungbeiträge und Eintrittsgelder. — Ansprüche aus der Konkurrenzklausel. — Formelles Recht. — Voraussetzungen der sachlichen Zuständigkeit des Kaufmannsgerichts. — Das Verfahren. — Anträge und Gutachten.

Zeitschrift für die gesamte Versicherungs-Wissenschaft. Herausgegeben vom Deutschen Verein für Versicherungs-Wissenschaft. Schriftleitung: Prof. Dr. phil. et jur. Alfred Manes. Band XII. 1. Juli 1912. 4. Heft. Berlin 1912, Ernst Siegfried Mittler & Sohn.

Versicherung zum Kunstwert und zum Liebhaberwert. Von Dr. jur. v. Geyer, Kgl. Direktor a. D., Stuttgart. — Pensionskassen und Angestelltenversicherung. Von Dr. phil. Jacobsohn, Essen. — Fünfundzwanzig Jahre Wasserleitungschädenversicherung. Von Direktor Kleeberg, Berlin. — Die Bestimmung der Tarifprämie in der privaten Lebensversicherung. Von Dr. phil. Nabholz, Paris. — Die deutsche Versicherungliteratur des 18. Jahrhunderts. Von Dr. jur. Neumann, Berlin. — Die Flieger in der Sozialversicherung. Von Regierungrat Fuisting, Berlin. — Umfang der Deckungpflicht bei der Haftpflichtversicherung von Bauunternehmern. Von Dr. jur. Schwartz, Berlin.

Das Recht des Kinematographen. Von Dr. Bruno May, Gerichtsassessor. Preis gebd. 3 *M*. Berlin W. 66 1912, Verlag von Richard Falk.

Oeffentlichrechtliche Fragen. — Die Konzessionsfrage. — Die Regelung des Kinematographengewerbes durch Polizeiverordnungen und Polizeiverfügungen. — Die polizeiliche Kontrolle im einzelnen. — Der Konflikt des Kinematographen mit dem Strafgesetzbuch. — Der Kinematograph als Steuerquelle. — Die forensische Bedeutung des Kinematographen. — Privatrechtliche Fragen. — Der Kinematograph und das Urheberrecht. — Der Kinematograph und das Recht am eigenen Bilde. — Der Rechtsverkehr zwischen den Filmfabrikanten, den sogenannten Filmverleihern und den Theaterbesitzern. — Der Kinematographenbesitzer und seine Angestellten. — Die berliner Polizeiverordnungen.

Die Organisation eines Fabrikkontors. Lehr- und Nachschlagebuch. Mit 78 Abbildungen und Formularvorlagen. Von R. Hiemann. Zweite verbesserte Auflage. Preis gebd. 4,50 *M*. Leipzig 1912, Verlag von Carl Ernst Poeschel.

Die Einteilung und Verteilung der Korrespondenz. — Annahme der eingehenden Bestellungen. — Kaufmännische Konferenzen. — Auskunftwesen. — Kommissionsbuchführer. — Das Exportgeschäft. — Technischer Teil. — Festlegung der technischen Ausführung eines jeden Fabrikates. — Kalkulation. — Telegramm- und Fernsprechverkehr. — Telegraphenschlüssel. — Der Reisende. — Das Einholen und Unterschreiben der ausgehenden Korrespondenzen. — Portokasse. — Buchhaltung. — Klagesachen, Rechtsbelehrungen. — Drucksachen und Reklamewesen. — Beschaffung und Verwaltung der erforderlichen Drucksachen. — Verwaltung der Druckstöcke. — Aufstellung des Drucksachen- und Reklameetats. — Kontrolle und Verbuchung der Rechnungen. — Monatliche Kontrollaufstellung. — Lesen der eingehenden Zeitungen. — Adressbücher. — Die Anordnung der Kontorräumlichkeiten.

Die Universitäten und andere Hochschulen in Deutschland. Von Dr. Franz Schmidt. Preis kart. 1,20 *M*. M.-Gladbach 1912, im Volksvereins-Verlag.

Die Universitäten. — Begriff der Universität, Geschichtliches. — Verfassung, Verwaltung und Rechtsverhältnisse der Universitäten. — Unterricht und Promotionen. — Die einzelnen Universitäten. — Die Frequenz der Universitäten. — Die Technischen Hochschulen. — Die Frequenz der Technischen Hochschulen. — Statistisches.

Die Kölner Hochschule für kommunale und soziale Verwaltung, ihre Notwendigkeit, ihr Aufbau, ihre Lehrziele. Von Prof. Dr. Adolf Weber, Abteilungdirektor der Hochschule für kommunale und soziale Verwaltung. Preis 30 Pf. Köln a. Rh. 1912, Kommissionsverlag von Paul Neubner.

Die Notwendigkeit einer Hochschule für kommunale und soziale Verwaltung. — Die Verfassung der Hochschule. — Die Studierenden. — Die Organisation des Unterrichts. — Die Prüfungen. — Lehrkräfte. — Drei Ansprachen bei der ersten Immatrikulation.

Die soziale Frage und der Sozialismus. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Marxistischen Theorie. Von Dr. med. et phil. Franz Oppenheimer, Privatdozent der Staatswissenschaften an der Universität Berlin. Preis brosch. 1,20 *M*. Jena 1912, Verlag von Gustav Fischer.

Offener Brief an Herrn Karl Kautsky. — Die soziale Frage. — Frage und Monopol. — Wesen und Entstehung des Kapitalismus. — Robinson, der Kapitalist. — Innere Kolonisation. — Der Sozialismus. — Liberaler Sozialismus und Marxismus. — Die Marxsche Lehre von Wert und Mehrwert. — Die wissenschaftlichen Grundlagen des Marxismus und Revisionismus. — Kautsky als Agrartheoretiker. — Kautskys Zukunftstaat.

Erfüllungsannahme bei Börsentermingeschäften. Von Rechtsanwalt Dr. Arthur Nussbaum, Berlin. Sonderabdruck aus „Zeitschrift für das gesamte Handels- und Konkursrecht". LXXII. Band. 1. und 2. Heft. Verlag von Ferdinand Enke in Stuttgart. Nicht im Buchhandel erschienen.

Allgemeines. — Bewirkung der vereinbarten Leistung. — Insbesondere Bewirkung der Leistung auf seiten des Verkäufers. — Insbesondere Bewirkung der Leistung auf seiten des Käufers. — Die Einverständniserklärung. — Rechtsfolgen des § 57.

Die Zurücksetzung der Juden an den Universitäten Deutschlands. Denkschrift, im Auftrage des Verbandes der deutschen Juden gefertigt von seinem ersten Schriftführer Justizrat Bernhard Breslauer. Berlin 1911.

Die im Jahre 1912 geltenden Bedingungen sämtlicher Versicherungszweige. Erste Hälfte: Lebens-, Unfall- und Haftpflichtversicherung. Sammlung von Versicherungbedingungen deutscher Versicherungsanstalten. Herausgegeben von dem Deutschen Verein für Versicherungs-Wissenschaft. Berlin 1912. Gedruckt in der Königlichen Hofbuchdruckerei von E. S. Mittler & Sohn, Berlin.

Lebensversicherung. — Private Lebensversicherung. — Oeffentlich-rechtliche Lebensversicherung. — Kranken- und Invalidenversicherung. — Unfallversicherung. — Einzel-Unfallversicherung. — Allgemeine Versicherungbedingungen. — Spezial-Versicherungbedingungen. — Kollektiv-Unfallversicherung. — Tarifverband der in Deutschland arbeitenden Unfall-Versicherung-Gesellschaften. — Allgemeiner Deutscher Versicherungsverein a. G. in Stuttgart. — Zeitung-Abonnenten-Versicherung. — Haftpflichtversicherung. — Bedingungen für die Haftpflichtversicherung wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung. — Bedingungen für die Haftpflichtversicherung wegen Vermögensschädigung. — Bedingungen für Versicherung der auf Grund von Fürsorgebestimmungen zu leistenden Beträge.

Zeitschrift für Handelswissenschaftliche Forschung. 6. Jahrgang. Juli und August 1912. 10. und 11. Heft. Monatlich ein Heft. Bezugspreis für das Halbjahr 6 *M*. Herausgeber E. Schmalenbach, Professor der Handelstechnik an der Handelshochschule in Köln. G. A. Gloeckner Verlag, Leipzig.

Heft 10: Die Gründung der Aktiengesellschaft. Von E. Schmalenbach. — Das Bezugsrecht. Von Karl Böttcher. — Heft 11: Einkaufsdispositionen in einem Detailgeschäft. Von Dr. S. Berliner. — Organisation, Buchführung und Kalkulation einer Lackfabrik. Von W. Otto. — Ueber die Wahrscheinlichkeit der Entdeckung von Fehlern bei Revisionen. Von Adolf Klein.

Sozialistische Monatshefte. Herausgeber Dr. J. Bloch. Preis 50 Pfg. pro Heft. 13. u. 14. Heft. Berlin 1912, Verlag der Sozialistischen Monatshefte G. m. b. H.

Heft 13: Die Angst vor dem eigenen Mut. Von Wilhelm Schröder. — Kolonialbegeisterung, Atlanticus und K. Kautsky. Von Max Schippel. — Sozialdemokratie, Landarbeitergewerkschaft, Landarbeiteransiedlung. Von Dr. Arthur Schulz. — Ueber Auslese und Anpassung der grossindustriellen Arbeiterschaft. Von Johannes Heiden. — Heft 14: Parteiorganisation und politische Aktion. Zur Reform des sozialdemokratischen Organisationsstatuts. Von Dr. Georges Weill. — Rückblick auf die letzten englischen Riesenstreiks. Von Balthasar Weingartz. — Genossenschaft und Klassenkampf. Von Edmund Fischer. — Die Parteizersetzung in Amerika. Von Max Schippel.

Zeitschrift für Handelswissenschaft und Handelspraxis. Mit dem Beiblatt Der Kaufmann und das Leben. Herausgeber der Zeitschrift Dr. Herm. Rehm, Dr. H. Nicklisch, Dr. Georg Obst, K. K. Regierungrat A. Schmid. Herausgeber des Beiblatts: Arthur Schröter in Leipzig. Bezugspreis einschliesslich Beiblatt 3 *M*. Leipzig, Verlag von Carl Ernst Poeschel.

Heft 4: Theorie der doppelten Buchhaltung von Prof. H. Biedermann, Winterthur. — Ursachen der Kursbewegung der Aktien von Maschinenfabriken. Von Dr. Oskar Stillich, Gross-Lichterfelde. — Die Scheckbank für Deutschland. Von Dr. Walter Conrad, Berlin. — Wie berechnet man den tantiemefreien Gewinnvortrag richtig? Von Prof. Felix Werner, Königsberg. — Die Handelskammer in der Rechtsprechung des Reichsgerichts und des Kammergerichts. Von Gerichtsassessor Mampe, Swinemünde. — Usance-Aenderung im Handel mit Aktien. Von Bankprokurist Otto Seipp, Darmstadt. — Beiblatt: Verkehr und Verkehrsarten in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Von Dr. Johannes Riedel, Leipzig. — Der Kaiser als Farmer in Südwestafrika. Von Dr. Paul Rohrbach. — Ausblick in die Entwicklung der deutschen Eisenindustrie. Von Dr. Th. Kreuzkam, Wilmersdorf. — La maison di Cat qui-pelote (Balzac). Von Otto Straube, Leipzig. — Der Geschäftsreisende (Balzac). Von Otto Straube, Leipzig. — Heft 5: Ursachen der Kursbewegung der Aktien von Maschinenfabriken. Von Dr. Oskar Stillich, Berlin. — Umlauf der Briefe, Abschriften und Postwertstücke im Räderwerke eines modernen Bankbetriebes. Von R. Schiegut, Wien. — Die deutschen Handelshochschulen im Jahre 1911/12 und ihr Hauptlehrgebiet: die Privatwirtschaftlehre. Von Bankdirektor Dr. Georg Obst, Leipzig. — Stückzinsen bei Dividendenpapieren. Von Bankprokurist Hans Ecknah, Berlin. — Aus der Praxis: Numerierungmethode. Von Ferd. Sachs, Köln. — Versandbuchführung unter Benutzung von Registerkarten. Von Hermann Andris, Köln. — Beiblatt: Was bietet das Hamburgische Kolonialinstitut dem Kaufmann? Von Rat Dr. Max Förster, Hamburg. — Leipziger Kleinhandelskonkurrenz und Konkurrenzkämpfe im 16. und 17. Jahrhundert. Von Siegfried Moltke, Bibliothekar der Handelskammer Leipzig.

Berliner Monatskurse. IX. Jahrgang. Tabellarische Zusammenstellung sämtlicher Notierungen der Berliner Fondsbörse. Nach amtlichen Feststellungen im Juni und Juli 1912 mit höchsten und niedrigsten Kursen. Aktienkapital, Obligationenkapital, Reserven, Zinsterminen, Emissionshaus und Dividenden der letzten 10 Jahre. Herausgegeben von Dr. jur. M. Handl. Die Berliner Monatskurse erscheinen nach Schluss jedes Monats, Abonnement pro Quartal 3,50 *M*. Zu beziehen vom Verlag der Berliner Monatskurse G. m. b. H., W. 57.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Kupfererzlagerstätten der Welt in den Jahren 1906—1910 mit besonderer Berücksichtigung der genetischen Lagerstättengruppen. Von Bergassessor Hans Wencker in Berlin. Preis 3 ℳ. Heft 3 der Bergwirtschaftlichen Zeitfragen. Herausgegeben von Prof. Max Krahmann. Berlin NW. 23, Max Krahmann, Bureau für praktische Geologie.

Einleitung und Literaturangabe. — Die Kupfererze. — Die genetischen Lagerstättengruppen. — Abgrenzung und geologische Beschreibung der einzelnen Erzbezirke. — Die wirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Erzbezirke. — Die Beteiligung der einzelnen Erdteile und Länder an der Weltproduktion. — Die Beteiligung der genetischen Lagerstättengruppen an der Kupfererzproduktion. — Tabellen.

Politik im Lichte der Entwicklungslehre. Von Dr. Johannes Unold. Ein Beitrag zur staatsbürgerlichen Erziehung. Preis brosch. 2,50 ℳ, gebd. 3,50 ℳ. München 1912, Verlag von Ernst Reinhardt.

Wesen. — Mittel. — Zwecke der Politik. — Glück oder Tüchtigkeit? (Eudämonistische oder evolutionistische Zwecksetzung?) — Die höchsten Zwecke der Politik. — Ethik und Politik. — Kirchliche oder wissenschaftliche Lebensauffassung?

Generalversammlungen.

(Die erste Zahl hinter dem Namen der Gesellschaft gibt den Tag der Generalversammlung an, die zweite den Schlußtermin für die Aktienanmeldung und die dritte den Tag der Bekanntmachung im Reichsanzeiger. Der Ort ist der Generalversammlungsort. Unsere Aufstellung enthält die Generalversammlungen sämtlicher deutscher Aktiengesellschaften.)

Accumulatoren-Fabrik, A.-G., Berlin, 7. 10., 4. 10., 9. 9. • A.-G. Charlottenhütte, Siegen, 12. 10., —, 18. 9. • A.-G. „Katholisches Vereinshaus Freiburg i. Breisgau, Freiburg i. Br., 30. 9., —, 14. 9. • A.-G. der Dillinger Hüttenwerke in Dillingen (Saar), 1. 10., —, 14. 9. • A.-G. der Schiltigheimer Eisenbahn, Schiltigheim, 11. 10., 4. 10., 16. 9. • Actien-Malzfabrik Löbau, Löbau i. Sa., 3. 10., —, 17. 9. • Actien-Zuckerfabrik Rethen a. d. Leine, 5. 10., —, 14. 9.

Bank für Thüringen vorm. B. M. Strupp, A.-G., Meiningen, 7. 10., 4. 10., 24. 8. • Baroper Maschinenbau-A.-G., Dortmund, 8. 11., 5. 11., 20. 9. • Bayerische Disconto- und Wechselbank A.-G., München, 9. 10., 6. 10., 20. 9. • Braunkohlenwerke Leonhard A.-G., Berlin, 3. 10., 30. 9., 13. 9. • Braunschweiger Reitbahn-Gesellschaft, Braunschweig, 30. 9., —, 14. 9. • Bremen-Vegesacker Fischerei-Gesellschaft, Bremen, 8. 10., 5. 10., 14. 9.

Central-Molkerei Hannover, A.-G., Hannover, 4. 10., —, 18. 9. • Cheviot- und Loden-Fabrik Schwaig Feller von Saint George & Co., A.-G., Schwaig bei Erding, 30. 9., 27. 9., 14. 9. • Cuxhavener Hochseefischerei, A.-G., Hamburg, 9. 10., 27. 9., 20. 9.

Danziger Oelmühle, A.-G., Danzig, 11. 10., 8. 10., 14. 9. • Deneckes Braunschweiger Wurst- und Fleischwaaren-Fabrik, Braunschweig-Gliesmarode, 5. 10., 3. 10., 16. 9. • Dessau-Wörlitzer Eisenbahn-Gesellschaft, Dessau, 30. 9., —, 13. 9. • Diabas- u. Syenitwerke Rupbach a. d. Lahn, A.-G., Halle a. S., 9. 10., 6. 10., 13. 9. • Dresdner Gardinen- u. Spitzen-Manufactur, A.-G., Dresden, 10. 10., 7. 10., 16. 9.

Eisenhütte Westfalia, Bochum, 12. 10., —, 19. 9. • Elsflether Heringsfischerei-Gesellschaft, Elsfleth, 30. 9., 27. 9., 13. 9. • Erste Elsässische Mechanische Küferei, A.-G., vorm. Frühinsholz, Schiltigheim, 2. 10., 28. 9., 16. 9. • Erzgebirgische Strohhutfabrik Frauenstein, A.-G., Frauenstein, 5. 10., —, 19. 9.

Fabrik für Gummilösung, A.-G., vorm. Otto Kurth, Frankfurt a. M., 4. 10., 2. 10., 13. 9. • Falkensteiner Gardinen-Weberei und -Bleicherei, Falkenstein i. V., 7. 10., —, 17. 9.

Gardinenfabrik Plauen, A.-G., Plauen i. V., 8. 10., —, 9. 9. • Gaswerk Gross-Ottersleben, A.-G., Bremen, 10. 10., 7. 10., 18. 9. • Gaswerk Hoya A.-G., Hoya, 8. 10., 4. 10., 13. 9. • Gemeinnützige Aktien-Baugesellschaft für den Landkreis Crefeld, Crefeld, 9. 10., —, 7. 9. • Gussstahl-Werke Witten, Witten (Ruhr), 8. 10., 3. 10., 6. 9. • Gussstahlwerk Wittmann, A.-G., Hagen, 9. 10., 6. 10., 14. 9.

Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Hamburg, 4. 10., 3. 10., 19. 9.

Kaiser-Karls-Bad, Paderborn, 30. 9., —, 14. 9. • Kattundruckerei F. Suckert, A.-G., Oberlangenbielau, Breslau, 10. 10., 7. 10., 19. 9. • Frères Koechlin, A.-G., Mülhausen i. Els., 9. 10., 6. 10., 18. 9.

Lederfabrik Faller, A.-G., Colmar i. Elsass, 9. 10., —, 14. 9. • Lothringer Lederwerke, A.-G., St. Julien bei Metz, 9. 10., 3. 10., 18. 9.

Maschinenfabrik Hiltmann & Lorenz, A.-G., Aue i. Sa., 7. 10., 4. 10., 7. 9. • Maschinenfabrik Kappel (früher Sächsische Stickmaschinenfabrik), Chemnitz, 10. 10., 3. 10., 17. 9. • Maschinenwerke A.-G., Eisenach, 8. 10., 6. 10., 14. 9. • Mechanische Segeltuchweberei, A.-G., Wildenfels i. S., 11. 10., —, 19. 9.

Nähmaschinenfabrik Karlsruhe vorm. Haid & Neu, Karlsruhe i. B., 7. 10., 1. 10., 9. 9. • Norddeutsche Feuerversicherungs-Gesellschaft i. L., Hamburg, 9. 10., 7. 10., 10. 9.

C. F. **O**hles Erben, A.-G., Breslau, 8. 10., 3. 10., 5. 9. • Osnabrücker Kupfer- und Drahtwerk, Osnabrück, 11. 10., 8. 10., 20. 9.

Papierfabrik Kirchberg, A.-G., Cöln, 10. 10., 6. 10., 13. 9. • Papierfabrik Reisholz, A.-G., Düsseldorf, 12. 10., 11. 10., 18. 9.

Reichelbräu, Act.-Ges., Kulmbach, 12. 10., 5. 10., 11. 9.

Siegener Eisenbahnbedarf-A.-G., Siegen, 12. 10., —, 17. 9. • Spandau-West A.-G. für Grundstücksverwertung, Berlin, 7. 10., 4. 10., 11. 9.

Schlesische Handels-Bank, A.-G., Breslau, 7. 10., 3. 10., 13. 8. • Schlesische Holzindustrie, A.-G., vorm. Ruschewey & Schmidt, Langenöls, 10. 10., 8. 10., 12. 9.

Stettiner Kerzen- und Seifen-Fabrik, Stettin, 28. 9., —, 20. 9. • Stettiner Oderwerke, A.-G. für Schiff- und Maschinenbau, Stettin, 3. 10., 1. 10., 14. 9. • Strassenbahn und Elektricitätswerke, Altenburg (S.-A.), 8. 10., 4. 10., 14. 9.

Terrain-A.-G. am Grossschiffahrtsweg Berlin-Stettin, Berlin, 11. 10., 8. 10., 16. 9. • Transport-A.-G. (vorm. J. Hevecke), Hamburg, 3. 10., 2. 10., 16. 9.

Max **U**lrich Kommanditges. auf Aktien i. Liqu., Berlin, 11. 10., 8. 10., 20. 9.

Vereinigte Ultramarinfabriken A.-G. vom. Leverkus, Zeltner u. Consorten, Köln a. Rh., 12. 10., 10. 10., 10. 9.

Werkzeugmaschinenfabrik Gildemeister & Co., A.-G., Bielefeld, 9. 10., 5. 10., 11. 9. • Westdeutsches Eisenwerk, A.-G., Kray, 12. 10., 5. 10., 11. 9. • Wieler & Hardtmann, A.-G., Danzig, 8. 10., —, 9. 9.

Zeitzer Eisengiesserei und Maschinenfabrik A.-G. zu Zeitz, Zeitz, 12. 10., 9. 10., 18. 9. • Zittauer Maschinenfabrik und Eisengiesserei A.-G. (früher Albert Kiesler & Co., Zittau, 7. 10., 4. 10., 26. 8. • Zuckerfabrik Alt-Jauer, Alt-Jauer, 27. 9., —, 13. 9.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Goslar in Charlottenburg.

Aus der Geschäftswelt.

Die Mitteilungen in den folgenden Rubriken sind Darlegungen der Interessenten und erscheinen ohne Verantwortlichkeit der Redaktion und des Herausgebers.

Essener Credit-Anstalt in Essen-Ruhr.

Zweigniederlassungen in: Altenessen, Bocholt, Bochum, Dorsten i. W., Dortmund, Duisburg, B.-Ruhrort, Gelsenkirchen, Hamborn, Herne, Homberg a. Rh., Iserlohn, Lünen a. d. Lippe Mülheim-Ruhr, Münster i. W., Oberhausen (Rhld.), Recklinghausen, Wanne, Wesel u. Witten.
Aktien-Kapital und Reserven Mark 95 000 000.
Telegramm-Adresse: Creditanstalt. [4504
Fernsprech-Anschluss: Essen Nr. 12, 194, 195, 431, 535, 607, 611, 612, 742 und 844.
Im freien Verkehr ermittelte Kurse vom 24. Sept. 1912, abgeschlossen 6 Uhr abends.

	Gesucht	Angeboten
Kohlen.		
Adler bei Kupferdreh	4150	4300
Alte Haase	1400	1450
Blankenburg	2350	2450
Brassert	12000	12500
Carolus Magnus	6675	7000
Constantin der Gr.	49000	51000
Deutschland b. Hassl.	6075	6200
Diergardt	3225	3300
Dorstfeld	13300	13700
Ewald	48300	49500
Friedrich der Grosse	28200	30000
Gottessegen	2725	2800
Graf Bismarck	60000	65000
Graf Schwerin	13900	14100
Heinrich	5350	5450
Helene & Amalie	19300	19800
Hermann I/III (3000 Kuxe)	4550	4650
Johann Deimelsberg	6750	6800
Königin Elisabeth	27600	28200
König Ludwig	32800	33700
Langenbrahm	21200	21700
Lothringen	28700	30500
Mont Cenis	19300	19600
Neuessen Act.	520%	—
Oespel	2450	2500
Schürb. & Charlottbg.	1700	1775
Trier (3000 Kuxe)	6600	6700
Unser Fritz	23500	24700
Westfalen (10 000 Kuxe)	925	1000
Braunkohlen.		
Bellerhammer Brk.	1650	1725
Germania	900	950
Gute Hoffnung	5200	5300
Humboldt	1375	1450
Leonhard	7800	7900
Lucherberg	2775	2850
Michel	—	—
Neurath	—	2350
Regiser	2800	2900
Schallmauer, Braunk.	3225	2300
Kali-Kuxe und -Anteile.		
Alexandershall	10200	10500
Aller Nordstern	2650	2800
Beienrode	6900	—
Bergmannssegen	7400	7550
Burbach	14900	15100
Carlsfund	6800	6950
Carlsglück	2225	2275
Carlshall	2900	2950
Deutschland, Justenbg.	4350	4450
nigkeit	6050	6200
llersleben	1950	1975
Felsenfest	2225	2300
Gebra	3850	4000
Glückauf, Sondershausen	—	22500
Grossherz. v. Sachsen	—	9100
Günthershall	5300	5400
Hannover-Thüringen	—	—
Hansa Silberberg	6400	6550
Hedwig	1050	1100
Heiligenmühle	1950	2050
Heiligenroda	9900	10100
Heimboldshausen	1625	1700
Heldrungen I	975	1025
Heldrungen II	1300	1400
Hersa	1825	1875
Heringen	6150	6250
Hermann II	2225	2275
Hohenfels	7200	7450
Hohenzollern	7000	7200
Hugo	11500	11800
Hüpstedt	3775	3850
Immenrode	4750	4850
Johannashall	5200	5300
Kaiseroda	10500	10900
Mariaglück	2250	2300
Max	—	—
Neurode	1825	1875
Neusollstedt	3750	3850
Neustassfurt	12700	13200
Ransbach	1100	1150
Reichenhall	950	1000
Rossleben	—	—
Rothenberg	3150	3200
Sachsen-Weimar	7800	8000
Salzmünde	—	—
Siegfried I	6800	6950
Thüringen	3800	4000
Volkenroda	7200	7350
Walbeck	5500	5800
Walter	1475	1525
Wilhelmine	1725	1800
Wilhelmshall	9600	9900
Wintershall	20000	20500
Kali-Aktien.		
Adler Kaliwerke	88%	90%
Adolfsglück	—	—
Bismarckshall	106%	108%
Hallesche Kaliwerke	—	—
Hattorf Vorz.	126%	128%
Heldburg	65%	67%
Justus Act.	108%	110%
Krügershall	135%	136%
Ludwigshall	75%	77%
Nordhäuser	—	—
Ronnenberg Act.	123%	125%
Steinförde	69%	71%
Teutonia	91%	92%
Erzkuxe.		
Apfelbaumer Zug	550	625
Eiserner Union	—	900
Freier Grunder Bgw.-V.	—	825
Henriette	1425	1500
Louise Brauneisenst.	1975	2050
Neue Hoffnung	125	150
Wilhelmine	1150	1225

Londoner Börsenkurse

mitgeteilt von [4903

M. Marx & Co.

Gresham House, London E. C.

Filiale Berlin: Behrenstr. 48.

Amerikaner.

	Schlusskurs vom 12. 9.	23. 9.
Atchisons	111	112 7/8
Baltimore and Ohio	109 1/2	112
Canadian Pacific	171	284 1/2
Erie Common	36 3/8	38 5/8
Missouri, Kansas and Texas	29 3/4	31 3/4
Southern Railway	30 7/8	32 5/8
Southern Pacific	114	115 1/2
Union Pacific	175 5/8	178 1/4
U. S. Steel Corp.	74	78 5/8
Grand Trunk Ord.	27 5/8	28 1/2
„ „ 3. Pref.	54 1/2	55 1/2

Minen.

Südafrikaner und Rhodesier.

Brakpan	4 3/16	4 5/32
Cinderella Cons.	1 5/16	1 3/16
Chartered	30/7	30/0
East Rand Prop.	3	2 31/32
Eldorado Banket	1 7/8	1 23/32
Geduld	1 7/16	1 3/8
Gen. Mining and Finance	1 5/16	1 3/16
Gold Fields Ord.	4 7/32	4 1/4
Johannesburg Cons. Inv.	23/9	23/3
Kleinfontein New	1 7/16	1 15/32
Langlaagte Estates	1 7/16	1 1/2
Modderfontein	12 3/4	12 5/8
Pigg's Peak	1 29/32	18/9
Randfontein	1 23/32	1 11/16
Rand Mines	7	7 1/32
South West Africa	28/0	27/9
Transvaal North	10/6	10/6
Tanganyika Cons.	3 9/16	3 3/16
Witwatersrand Deep	2 7/8	2 7/8

Diamant, Kupfer u. andere.

Amalgamated Copper	88 7/8	92 1/4
Anacondas	9 7/16	9 9/16
Broken Hill Props	53/6	53/6
De Beers Def.	22 1/2	22 7/16
Esperanza	1 3/4	2 1/8
Golden Horseshoe	2 1/2	2 1/2
Mount Lyell Mining	29/6	28/0
Mount Lyell Cons Wallaroo 10/—, 9/6 pd.	2/3	2/3
Premier Def.	12 15/16	12 13/16
Rio Tinto	8 17/8	8 17/8

Zinn-Werte.

Anglo Continental	1 15/16	1 15/16
Bisichi Tin	1 7/32	1 7/32
Nigerian Tin Corp.	1 3/4	1 9/16
Rayfield New	1 7/32	1 7/32
Temma Tin	1/0	2/0

Fremde Werte.

Engl. Consols 2 1/2%	74 3/16	74 3/16
Brazilianer 1889	8 3/4	87
Colombier 1896	50 1/4	50 1/8
Japaner 1905 4%	87 3/4	87 3/4
Mexikaner 5%	101 1/2	101 1/2
Peru Ord.	12 1/2	12 3/4
Peru Prefs.	53 1/4	57
Prov. of Buenos Aires 3 1/2%	70	70

Grundton fest. — Amerikaner steigend, vor allem Steels in Erwartung günstiger Quartalsberichte. Kupferwerte haussierend. Südafrikaner und Rhodesier bei etwas lebhafterem Geschäfte, insbesondere die leitenden Werte, gebessert.

Tiefseefischerei in Kamerun.

Eine neue Kolonialgesellschaft.

Die Gewässer in West-Afrika wimmeln von Fischen, und Varietäten des Herings und der Makrele werden in viel grösseren Quantitäten als in der Nordsee gefunden, ebenso wie die Meerässche, Seezunge, Steinbutt, Scholle und mehrfach essbare Abarten reichlichst vorhanden sind; trotzdem sind bisher Scharr- und Schleppnetze, Dampfscharren und Tiefseefischerei unbekannt. Dabei ist ein grosser und steigender Bedarf und Nachfrage für Fische des heissen Klimas zufolge vorhanden. De facto sind Fische, trotzdem die Gewässer voll davon sind, rar und teuer, und holen 50—60 Lstr. per Tonne, und selten fällt der Preis unter 30 Lstr. Bei einer Bevölkerung von nahezu 50 Millionen Schwarzer, ohne die Europäer zu rechnen, die alle ernstliche Käufer sein würden, wäre eine Industrie eröffnet. Es ist ganz klar, dass eine Pionier-Gesellschaft bei guter, geeigneter Leitung grossen Nutzen erzielen würde, und dabei der menschlichen Gesellschaft zum Segen gereichen würde.

Deutschland ist stolz auf seine Kolonien, und in Kamerun hat die Regierung stets besonderes Interesse an den Tag gelegt, die Kultivierung von Kaffee, Tabak, Kakao und Gummi zu ermutigen und die Ansiedler und die grossen industriellen Gesellschaften zu unterstützen, die sich bemühen, ein Reich für das Mutterland jenseits des Meeres aufzubauen. Seit langen Jahren bereits waren mannigfache einflussreiche Deutsche von den unbegrenzten Möglichkeiten einer Tiefseefischerei in Kamerun tief überzeugt, und die Abwesenheit einer solchen Industrie seitens lokalen Unternehmungsgeistes schien ihnen erstaunlich, da sich diese neue und blühende Industrie mit nur geringem Kapital aufbauen liesse. Es ist daher äusserst erfreulich, ankündigen zu können, dass die

Cameroon Fisheries Company of West-Africa Limited

soeben mit einem Kapital von Lstr. 55 000 in vollbezahlten 1 Lstr.-Aktien ins Leben gerufen wurde und nächster Tage sich behufs Subskriptionen an das Publikum richten wird. Zweifellos sollten alle patriotischen Deutschen sich wenigstens einige Aktien in einem Unternehmen zu sichern suchen, das voraussichtlich ein ausgesprochener Erfolg sein dürfte.

Die Gesellschaft wird ein nachgewiesenermassen schnelles Ozonverfahren von der berühmten Firma Siemens & Halske erwerben, durch welche Fische in wenigen Tagen getrocknet werden können, und es ist bekannt, dass ein derartiges Verfahren in heissen Klimaten durchaus notwendig ist. Gelernte und erfahrene Fischerleute werden hinausgesandt, und da die Wasser der grossen Kamerunbay voll von essbaren Fischen von abnormaler Grösse sind, müssen die Resultate grosse sein.

Die Namen der Direktoren flössen das grösste Zutrauen ein, denn der Konsul Herr Paul Hillmann-Hannover und die Vereinigten Diamantminen Luederitzbucht sind im Aufsichtsrat, und Herrn Hans Goerkes Leitung schliesst jeden Argwohn aus. Der leitende Direktor, Herr Runge, ist seit sechs Jahren in der Kolonie, und er erwartet sofortige Erfolge.

Der Zentralpunkt der Operationen der Gesellschaft wird Duala sein, wo Trockenfaktoreien, Anlagen, Maschinenhäuser und Lagerplätze errichtet werden, die von den Schleppbooten (trawlers) in steter Tätigkeit erhalten werden sollen.

Die Direktoren schätzen den Nutzen für das erste Jahr auf über 17 000 Lstr., sodass nach mannigfachen Abschreibungen leicht eine 20%ige Dividende verteilt werden könnte, zumal der Gesellschaft der wärmste Support seitens der grossen kolonialen Kaufleute und der Leiter der wichtigsten Gesellschaften in Aussicht gestellt wurde.

Prospekte und weitere Informationen sind bei der **London and Continental Finance Agency,** 317 High Holborn, London W. C, zu haben. [5074

Mitteldeutsche Privat-Bank A.G.

Aktien-Kapital M. 60 000 000.—
Gesetzliche Reserven ca. M. 8 000 000.—

Ausführung sämtlicher bankgeschäftlichen Transaktionen.

An- und Verkauf von Kuxen, Bohranteilen und Obligationen der Kali-, Kohlen- und Erzindustrie.

Kuxen-Abteilungen in Magdeburg, Chemnitz, Halberstadt, Halle a. Saale und Nordhausen.

Ständige Vertretung an den Industriebörsen in Essen a. R. und Düsseldorf. [4500

Rheinisch-Westfälische Boden-Credit-Bank, Cöln.

Am **1. März** und **3. Juni a. c.** haben Verlosungen stattgefunden unserer:

3½% Pfandbriefe, Serie II, IV auf den 1. Oktober 1912,
3½% Pfandbriefe, Serie VI auf den 2. Januar 1913,
4% Pfandbriefe, Serie I, III, V, VII, VII a auf den 2. Januar 1913.

Listen der gezogenen Nummern können **kostenfrei** von der Bank bezogen werden. (5071)

Die Aktionäre des **Osnabrücker Kupfer- und Drahtwerks zu Osnabrück** werden hiermit zu der am **Freitag, den 11. Oktober 1912, nachmittags 4 Uhr,** im **Handelskammergebäude** zu **Osnabrück** stattfindenden **ordentlichen Generalversammlung** eingeladen.

Tagesordnung:

Vorlage des Geschäftsberichts für 1911/12.
Genehmigung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung.
Entlastung des Aufsichtsrats und des Vorstandes.
Neuwahlen zum Aufsichtsrat.

Zur Teilnahme an den Abstimmungen in dieser Generalversammlung sind nur diejenigen berechtigt, welche sich bis **spätestens am 8. Oktober 1912** beim Vorstand als Aktionäre ausgewiesen haben.

Osnabrück, den 21. September 1912. [5073

Der Vorstand. Moeller.

M. MARX & Co. **Bankgeschäft** (Etabliert 1896.)

Sorgfältigste Erledigung aller bankgeschäftlicher Transaktionen zu den coulantesten Bedingungen. — Sachliche Wochenberichte und Auskünfte kostenfrei.

London E C. Gresham House. — Filiale Berlin, Behrenstr. 48.

Telegr.-Adresse: Offerendos London. Offerendos Berlin.
Postscheckkonto 9492. (4903

Verantwortlich für die Rubrik „Aus der Geschäftswelt" und für den Inseratenteil: M. Hauschner, Berlin.
Druck von Pass & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57, Bülowstrasse 66.